

GLOBAL



VIEW

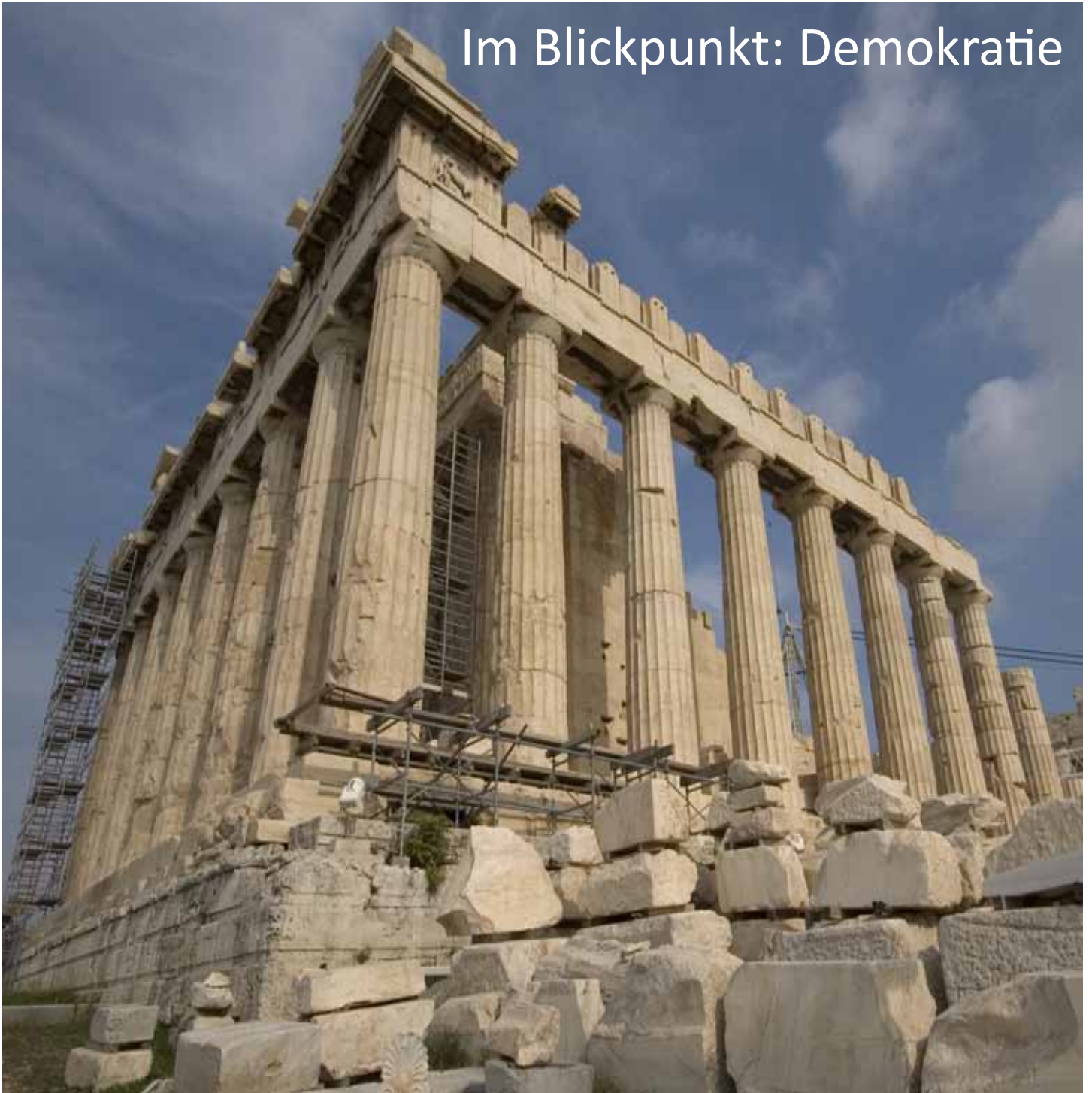
Unabhängiges Magazin

der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN)
und des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA)

4 | 2010

3 EURO

Im Blickpunkt: Demokratie





CAFE-RESTAURANT

Frauenhuber

... seit 1824 Wien's ältestes Kaffeehaus.

Traditionell Wiener Küche und hausgemachte Mehlspeisen erwarten Sie in unserem Cafehaus.

Fühlen Sie sich wohl, wie in Ihrem Wohnzimmer zu Hause.

Cafe-Restaurant Frauenhuber

Himmelfortgasse 6, 1010 Wien, Tel.: +43-1-512 53 53
www.cafefrauenhuber.at

Öffnungszeiten:

Montag bis Samstag: 08:00 – 24:00, Sonntag und Feiertage: 10:00 – 22:00



Liebe Leserin!

Lieber Leser!



Demokratie im Blickpunkt. Diese Ausgabe des GLOBAL VIEW setzt einen Fokus auf das Thema Demokratie.

So wird etwa die Frage in den Raum gestellt, was WikiLeaks mit Demokratie zu tun hat, ob es ein neues demokratisches Instrument ist oder doch nur die staatliche Sicherheit gefährdet.

Auch wird ein Gedankenexperiment darüber angestellt, ob Demokratie als Funktion verstanden werden kann, welche sich aus verschiedenen Faktoren zusammensetzt. Kann man Demokratie berechenbar machen?

Über die Entscheidungsprozesse im Europäischen Parlament zu Basel III haben wir es geschafft, dass uns Othmar Karas dazu eine Innensicht präsentiert.

Aber auch weiteren Themen wird in dieser Ausgabe Beachtung geschenkt.

So werden Missstände in puncto Folter von Manfred Nowak aufgezeigt, der 6 Jahre lang die Position des UN-Sonderberichterstatters für Folter inne hatte

Weitere Themen sind die Migrationspolitik Australiens und die Weltklimakonferenz in Cancun sowie viele andere spannende Beiträge.

Unterm Strich: Verschiedene Ansichten zu Politik, Wirtschaft, Umwelt, Gesellschaft und Kultur.

Ein GLOBAL VIEW in seiner Reinform.

Viel Freude beim Lesen wünscht

Michael KLAMPFL
Chefredakteur

Anmerkung: Die vorliegende Printausgabe beinhaltet ausgewählte Artikel und Berichte von jungen Journalisten sowie von Experten. Eine ausführlichere Plattform bieten wir unter <http://www.globalview.at>, auf welcher täglich neue Artikel publiziert und kommentiert werden können. Sollten Sie Interesse daran haben etwas zu publizieren, senden Sie bitte ein E-Mail an globalview@afa.at. Über Feedback auf jeglichem Wege freuen wir uns natürlich sehr!

Impressum Herausgeber: Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) ■ **Eigentümer und Verleger:** Akademisches Forum für Außenpolitik - Österreich, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Büro:** A - 1010 Wien, Johannesgasse 2/2/32 | Tel./Fax: +43 /1/ 512 85 21 | <http://www.globalview.at> | globalview@afa.at ■ **Chefredakteur:** Michael Klampf ■ **Redaktionsteam:** Joachim Kurz, Magdalena Reitbauer, Jürgen Rieder, Julia Pass, Bakk. Nina Uransek, Dipl. Oec. Thorsten Stauer MBA, Herbert Gmoser, Daniel Jokesch, Anja Schirmer, Christian Schusterschitz, Daniel Pleschutznig ■ Nicht gekennzeichnete Bilder: Redaktion oder Autor; Titelbild: flickr/Cymbidium Clarisse ■ **Druck:** Friedrich VDV Linz.

Offenlegung der Blattlinie gem. § 25 Abs. 4 Mediengesetz Herausgeber: Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) ■ **Eigentümer und Verleger:** Akademisches Forum für Außenpolitik, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Sitz:** Johannesgasse 2/2/32, A-1010 Wien ■ **Unternehmer:** unabhängiger, eingetragener Verein (ZVR: 330335717); Vorstand vertreten durch Michael F. Pfeifer (Präsident) ■ Das GLOBAL VIEW ist das unabhängige und überparteiliche Magazin der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und des Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) und versteht sich als Informations- und Diskussionsplattform zu außen- und weltpolitischen Themen. Der Inhalt stellt die Meinung der jeweiligen Autoren dar. ■ Auch wenn im Text aus Gründen der besseren Lesbarkeit weibliche Formen nicht explizit ausgeschrieben werden, beziehen sich alle personenbezogenen Formulierungen auf weibliche, wie männliche Personen.



Autoren



THOMAS BÖHLER studiert Politikwissenschaft und Transkulturelle Kommunikation (Französisch/Russisch) an der Universität Wien. Er leistete einen einjährigen Gedenkdienst in Prato/Italien und absolvierte ein Praktikum an einer Österreichischen Vertretungsbehörde im Ausland. Seine Studienschwerpunkte sind die Europäische Union und Internationale Beziehungen.



HELMUT W. MALNIG, holds a M.S. in Mech. Eng., from the University of Technology, Vienna. Further formation abroad and in Vienna. He worked as analyst, S.E. and P.M. in the fields of energy, propulsion, weaponry, and aerospace in Austria, Germany and Canada. He wrote several publications on heat transfer and holds patents for armaments. Since 1997 retired, publisher of articles about technical-cultural historic topics, book reviews - preferably about naval matters.



BARIS ERTUGRUL studiert Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien. Er hat ein Auslandssemester in Estland verbracht. Der Fokus seiner Arbeiten liegt auf der Internationalen Politik und der politischen Ökonomie.



Univ.-Prof. Dr. **MANFRED NOWAK** ist Vertragsprofessor für Internationalen Menschenrechtsschutz am Institut für Europarecht, Internationales Recht und Rechtsvergleichung und am Institut für Staats- und Verwaltungsrecht an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien und war bis 2010 6 Jahre lang UNO-Sonderberichterstatter über Folter.



NICOLE KANNE studiert derzeit Kunstgeschichte, Geschichte und Klassische Archäologie an der Universität Wien. Ihr aktueller Schwerpunkt im Rahmen des Bachelorstudiums ist die französische Graphik des 19. Jahrhunderts. Sie hat jeweils ein Praktikum an der Staatlichen Graphischen Sammlung München und eines an der Städtischen Kunsthalle München absolviert.



ANJA SCHIRMER studiert Politikwissenschaft an der Universität Wien. Sie ist AFA-Mitglied und Leiterin der AFA-Delegation zur London International Model United Nations (LIMUN). Ihre Spezialgebiete sind die NATO und Hochschulpolitik. Letzteres ist auf Ihre Zeit als Generalsekretärin der Aktionsgemeinschaft Uni Wien zurückzuführen.



Mag. **OTHMAR KARAS** MBL-HSG, ist seit 1999 Abgeordneter zum Europäischen Parlament und seit 2004 erster Vizepräsident und Schatzmeister der EVP-Fraktion. Weiters ist er Präsident des Hilfswerks Österreich. Er studierte unter anderem Politikwissenschaft an der Universität Wien und Europäisches und Internationales Wirtschaftsrecht an der Hochschule St. Gallen.



Mag. **STELLA SZONN**, obtained her degree in Anthropology at the University of Vienna and now finishes her MA in International Law and International Relations at the University of New South Wales in Sydney. Her majors are international human rights and legal anthropology. Currently, she is an intern at the Refugee Council of Australia and focuses on refugee law and asylum policy.



Mag. **MATTHIAS C. KETTEMANN**, LL.M. (Harvard) ist Universitätsassistent am Institut für Völkerrecht und Internationale Beziehungen der Universität Graz. Er studierte Jus in Graz und Genf und besuchte als Fulbright und Boas-Stipendiat die Harvard Law School, wo er Dean's Scholar in International Human Rights war. Er forscht und publiziert zum Verhältnis von Staat und Individuum im Völkerrecht und neuen Sicherheitskonzeptionen.



LENA MARIA THERESIA WANNER, studiert im 5. Semester Psychologie und Internationale Entwicklung an der Universität Wien und hat zwei Semester am Institut d'Etudes Politiques (Sciences Po) in Paris absolviert. Ihr Studienschwerpunkt liegt im Bereich Sicherheitspolitik und Friedens- und Konfliktforschung.



FLORIAN LEREGGER ist 22 Jahre alt, verheiratet und studiert Umwelt-, und Bioressourcenmanagement an der Universität für Bodenkultur, Wien. Er arbeitet neben seinem Studium in der Gastronomie und ist als Jugendreferent für Umwelt und Öffentlichkeitsarbeit in seinem Bezirk tätig.



Botschafter Dr. **GREGOR WOSCHNAGG** ist derzeit Vizepräsident der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) sowie Berater der Industriellenvereinigung in Europafragen. Von 1968 bis 1973 war Woschnagg ständiger Vertreter Österreichs bei den Vereinten Nationen. Besonders hohes Ansehen erwarb er sich als ständiger Vertreter Österreichs bei der EU in Brüssel von 1999 bis 2007.

Inhalt



Photo: Nowak

Erfahrungen aus den Tätigkeiten des UN-Sonderberichterstatters für Folter. Artikel S. 8



Photo: 2010 RCOA

Refugees in Australia. Article p. 18



Photo: Othmar Karas

Basel III - Ein Augenzeugenbericht. Artikel S. 22



Photo: Vienna Art Week 2010

Eröffnung der Ausstellung "ARTmART" im Rahmen der Vienna Art Week. Artikel S. 24

06 United Nations

- | | | |
|----|--|---------------|
| 06 | UN-Ticker | Jürgen Rieder |
| 08 | Folter und unmenschliche Haftbedingungen | Manfred Nowak |
| 10 | UN-Youth-Network | Redaktion |

12 International

- | | | |
|----|--|---------------------|
| 12 | The C(o)urse of Engineering Through the Ages | Helmut W. Malnig |
| 14 | WikiLeaks | Gregor Woschnagg |
| 16 | Democracy as a Function? | Baris Ertugrul |
| 18 | Illegal and Unjust: Excised Detention in Australia | Stella Szonn |
| 19 | 2010: Jahr der Biodiversität | Florian Leregger |
| 20 | Cancun 2010 - Gipfel der Kompromissbereiten | Magdalena Reitbauer |

21 EU/Österreich

- | | | |
|----|---------------------------------------|---------------|
| 21 | Österreichische Kulturpolitik im Iran | Thomas Böhler |
| 22 | Basel III | Othmar Karas |

24 Kultur und Gesellschaft

- | | | |
|----|---|-----------------------|
| 24 | Review der Vienna Art Week 2010 | Nicole Kanne |
| 25 | „Savoir vivre“ an der Sciences Po Paris | Lena Wanner |
| 26 | Menschliche Sicherheit | Matthias C. Kettemann |
| 27 | Kolumne | Anja Schirmer |

28 ÖGAVN/AFA

- | | | |
|----|---|--------------------|
| 28 | 20 Jahre AFA - Meilensteine in der Jugendarbeit | Michael F. Pfeifer |
| 29 | AFA-Eisenstadt | Volker Hochstätter |
| 30 | International UN-Youth Meeting in Oslo | AFA |
| 31 | ÖGAVN-Jahresrückblick | ÖGAVN |



Niger in Nahrungsmittelkrise ... 750 US-Dollar gegen Scheidenfisteln benötigt... Klimagipfel in Cancun mit Fortschritten, ohn



UN Vienna Focus

Fortschritte bei menschlicher Entwicklung

Der am 4. November vorgestellte und am 25. November bei einer Podiumsdiskussion in den Räumlichkeiten der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGVAN) in Wien erörterte Bericht über die menschliche Entwicklung (Human Development Report) widmete sich 2010 vor allem den Langzeittrends seit 1970. Laut dem auf Basis des Index der menschlichen Entwicklung (HDI) erstellten Berichts haben alle Regionen der Erde in den letzten 40 Jahren Fortschritte in Lebenserwartung oder Schulbesuch von Kindern gemacht, auch wenn dies nur in unterschiedlichem Ausmaß gelang. So stieg die Lebenserwartung in den Arabischen Staaten in dieser Zeit um 18 Jahre, in Afrika nur um 8.

Plädoyer eines Stars in Wien

Hollywoodschauspieler und UNODC-Sonderbotschafter Nicolas Cage hielt am 21. Oktober im Rahmen der UN-Konferenz gegen organisierte Kriminalität, die das Fortschreiten des UN-Übereinkommen gegen Grenzüberschreitendes Organisiertes Verbrechen überprüfte, eine viel beachtete Rede in Wien. In seinem Bemühen die Opfer der Verbrechen zu unterstützen berichtete Cage etwa von seinen Treffen mit einer jungen ehemaligen Sexsklavvin oder Kindersoldaten.



Photo: Flickr

Informations- und Kommunikationstechnologien bieten Einkommenschancen für arme Bevölkerungsschichten in Entwicklungsländern.

Im Vergleich zum Dienstleistungssektor präsentiert sich der Gütersektor zwar weit weniger dynamisch – nur wenige Entwicklungsländer sind in der Fertigung von Mobiltelefonen, Computer und ähnlichen Gütern involviert - dennoch, IKT bezogene Kleinstunternehmen in vielen Entwicklungsländern boomen und generieren so wichtige Einkommensmöglichkeiten. In diesem Sinne empfiehlt die UNCTAD die verstärkte Berücksichtigung des IKT Sektors in nationalen Armutsbekämpfungsprogrammen.

Donnerstag, 14. Oktober 2010

IKT Sektor Chance für Arme

Güter und Dienstleistungen im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie eröffnen Chancen für Arme, jedoch sind diese ungleich verteilt und nicht immer nachhaltig, so der Bericht der UN Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD). Der Information Economy Report 2010 berichtet, dass es etwa 350.000 „village phone ladies“ in Bangladesch gibt, welche Mobiltelefone minutenweise vermieten, oder etwa die aus Kenia stammende M-PESA, die auf telefonische Geldüberweisungen spezialisiert ist, über 18.000 Mitarbeiter beschäftigt.



Photo: UN-Photo

12 Millionen Menschen werden bis Jahresende in Burkina Faso mit MenAfriVac geimpft werden, danach folgen Niger und Mali.

Das Impfen der Bevölkerung im Meningitis Gürtel könne laut WHO Generaldirektorin Margaret Chan bis zu 150.000 junge Menschenleben bis 2015 retten und die epidemische Meningitis beenden. Durch eine einzigartige Partnerschaft zwischen der Organisation PATH, mit Unterstützung der Bill & Melinda Gates Foundation, und der WHO, konnte das Meningitis Vaccine Project die Entwicklungskosten bei nur 50 Million US-Dollar halten. Die Zeit von Entwicklung bis Einsatz betrug dabei, auch dank der Herstellerfirma in Indien, weniger als 10 Jahre.

Montag, 6. Dezember 2010

Neue Meningitis-Impfungen im Einsatz

Burkina Faso begann als erstes Land Anfang Dezember eine landesweite Kampagne zur Einführung des Impfstoffes MenAfriVac umzusetzen, welches die Länder des sogenannten „Meningitis Gürtel“ von der Hauptursache der Epidemie befreien soll. MenAfriVac wurde als erster Impfstoff speziell für Afrika entwickelt und soll laut Weltgesundheitsorganisation WHO die durch Meningokokken hervorgerufene Hirnhautentzündung in den 25 Ländern vom Senegal im Westen bis Äthiopien im Osten auslöschen.



Photo: UN-Photo

Valerie Amos, Untergeneralsekretärin für Humanitäre Angelegenheiten, rief während eines viertägigen Besuchs Anfang Dezember um anhaltende Unterstützung zur Bekämpfung der humanitären Krise in Pakistan auf.



Photo: stopclustermunitions.org

Beim ersten Treffen der Unterzeichnerstaaten des Übereinkommens über Streumunition am 9. November in Laos hielt die Vizeregneralsekretärin Asha-Rose Migiro alle Mitgliedstaaten dazu an, dem Abkommen beizutreten.



Photo: Flickr

Ein Anstieg der nächstjährigen Getreideproduktion ist notwendig, um zu starke Preisanstiege zu verhindern.

Weitere Anstiege für 2011 seien möglich, wenn die Produktion speziell von Mais, Sojabohnen und Weizen nicht entscheidend ansteige. So wird bereits für 2010 ein Fallen der weltweiten Getreideproduktion von 6 % vorausgesagt, mit einem Ernterückgang bei Gersten von 35 %, von Mais um 12 % und Weizen von 6 %. Zu den gestiegenen Lebensmittelpreisen trug laut FAO auch ein 30-Jahres Hoch bei Zuckerpreisen, allzeit Höhen von Butterpreisen und starke Preisanstiege von Fischprodukten bei.



Photo: UN-Photo

Jean-Pierre Bemba Gombo, angeklagt wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Den Haag.

„Jean-Pierre Bemba benutzte eine ganze Armee als Waffe zur Vergewaltigung, Brandschatzung und dem Töten der Zivilbevölkerung in der Zentralafrikanischen Republik,“ so der Chefankläger des ICC, Luis Moreno-Ocampo. Obwohl sexuelle Gewalt nicht inkludiert wurde in der Genfer Konvention von 1949, ist der Prozess der erste, in dem die Anschuldigungen über Vergewaltigungen jene der Tötungen weit übertreffen. Laut Margot Wallström, der UN-Sonderbeauftragten für sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten, wird nun sexuelle Gewalt endlich als Taktik des Krieges und Terrors anerkannt.



Photo: UN-Photo

Für das neue Organ UN-Frauen, welches ab 1. Jänner 2011 vier ehemals getrennten Teile des UN-System zur Geschlechtergleichstellung und Empowerment vereint, wurde im November der zur Arbeitsaufnahme benötigte 41-köpfige Exekutivausschuss gewählt.



Photo: Bundesheer / Scherz Bernhard

Ende 2010 wird die Friedensmission im Tschad und der Zentralafrikanischen Republik (MINURCAT) auf Bitte der beiden Regierungen eingestellt. Immer noch gibt es jedoch 600.000 Flüchtlinge, deren Sicherheit nun in den Händen der Regierungen liegt.

Freitag, 12. November 2010

FAO warnt vor steigenden Lebensmittelpreisen

Globale Lebensmittelimporte könnten 2010 die 1 Billion US-Dollar Marke übersteigen, ein Niveau welches die Höchststände von 2008 erreicht, so das Ergebnis des am 17. November veröffentlichten „Food Outlook Reports 2010“ der UN-Welternährungsgesellschaft (FAO). Für die ärmsten Länder der Erde werden dem Bericht zufolge Anstiege von 11 % ihre Lebensmittelimporte dieses Jahr vorausgesagt, für arme Netto-Import Länder, welche die Ernährung der Bevölkerung ohne Importe nicht sicherstellen können, sogar 20%.

UN Country Focus

UN bereit für Sudan-Referenden

In den vergangenen Monaten erhöhten die UN Ihre Anstrengungen, um das für den 9. Jänner 2011 geplante Referendum über die Eigenständigkeit des Südsudans zu unterstützen. So besuchte etwa die von der UN eingesetzte Beobachterkommission am 19. November die ölfreiche Region Abyei, die am selben Tag durch ein Referendum entscheiden soll, ob es zum Norden oder Süden des Sudans gehört. Die beiden Referenden sind Teil des von der UN Mission im Sudan (UN-MIS) überwachten Friedensabkommens, der den Bürgerkrieg zwischen Norden und Süden im Jahr 2005 beendete.

Montag, 22. November 2010

Verhandlung wegen Kriegsverbrechen gestartet

Der Gerichtsprozess des ehemaligen Rebellenführers und Vize-Präsident der Demokratischen Republik Kongo Jean-Pierre Bemba Gombo vor dem Internationalen Strafgerichtshof (ICC) in Den Haag begann am 22. November mit Verlesung der Anklageschrift. Der wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen angeklagte Bemba soll während eines Einsatzes der Bewegung zur Befreiung des Kongo (MLC) in der Zentralafrikanischen Republik 2002 und 2003 laut Anklage der verantwortliche militärische Befehlshaber gewesen sein.

UN Secretary General Corner

“Thirty years have passed. Yet here, in this tragic place, we still hear the echoes. The cries of human misery. The agony. The deadly silence of so many lives, lost so brutally.”

Remarks at a visit to the Tuol Sleng Genocide Museum Cambodia, 28 October 2010

Folter und unmenschliche Haftbedingungen - Eine globale Krise

UNO-Sonderberichterstatter zieht eine erschreckende globale Bilanz. **Text** Manfred Nowak

Ich wurde im Jahr 2004 von der damaligen Menschenrechtskommission, die in der Zwischenzeit in den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen umgewandelt wurde, mit dem Mandat betraut, als unabhängiger Experte die Situation von Folter, grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung oder Strafe weltweit zu analysieren und nach sechs Jahren eine globale Bilanz zu ziehen. Folter ist nicht nur eine der brutalsten Menschenrechtsverletzungen, sie ist auch besonders schwierig nachzuweisen. Es gibt keinerlei Statistiken wie bei den Rechten auf Bildung, Gesundheit, Arbeit oder Zugang zur Justiz. Folter findet immer im Verborgenen, in der Haft und ohne unabhängige Zeugen statt und wird von den Verantwortlichen routinemäßig abgestritten. Bei außergerichtlichen Hinrichtungen wird in der Regel zumindest eine Leiche gefunden und nur die staatliche Involvierung dementiert. Beim erzwungenen Verschwindenlassen wird ebenfalls zumindest das Faktum anerkannt, dass ein Mensch verschwunden ist. Bei der Folter liegt meist nichts anderes vor als die bloße Behauptung einer Person, in der Haft gefoltert worden zu sein. Da es sich bei Häftlingen aber meist um Menschen handelt, die zumindest im Verdacht stehen, eine Straftat begangen zu haben, wird der Foltervorwurf regelmäßig als bloße Schutzbehauptung abgetan und die Glaubwürdigkeit von Häftlingen generell in Frage gestellt.

Um eine möglichst objektive Einschätzung der Situation abgeben zu können, habe ich mich entschlossen, eine repräsentative Auswahl von Staaten in allen Teilen der Welt zu treffen und im Rahmen von offiziellen Untersuchungs-Missionen zu besuchen, wobei dies natürlich nur mit Zustimmung der betreffenden Regierungen möglich ist und ich folglich viele der notorischsten Folterstaaten (insbesondere im Nahen Osten und

Nordafrika) nicht besuchen konnte. Falls eine Regierung schließlich meinem Ersuchen auf Einladung zustimmte, musste sie allerdings meine Methoden des Fact-finding akzeptieren, zu denen unangekündigte Inspektionen aller Haftanstalten (Gefängnisse, Zellen in Polizei- und Militärdienststellen, psychiatrische Anstalten, besondere Haftorte für Ausländer, Drogenabhängige, Minderjährige etc.), vertrauliche Gespräche mit allen Häftlingen meiner Wahl sowie die Dokumentation von Folter und Haftbedingungen mit Hilfe forensischer Experten, Foto- und Videokameras gehören. Viele interessante Besuche, wie in die Russische Föderation (einschließlich des Nordkaukasus), auf den US-Militärstützpunkt in Guantánamo Bay, nach Zimbabwe und Kuba, kamen leider nicht zustande, weil die betreffenden Regierungen trotz vorheriger Einladung letztlich nicht bereit waren, vertrauliche Interviews mit Häftlingen zu akzeptieren.

Trotzdem gelang es mir, im Lauf der letzten sechs Jahre Missionen in 18 Staaten durchzuführen und drei Untersuchungen gemeinsam mit anderen UNO-Experten (zu Guantánamo Bay, zur Situation in Darfur und über geheime Haft im Kampf gegen den Terrorismus in insgesamt 66 Staaten) durchzuführen. Zusätzlich habe ich über 1000 glaubwürdige Beschwerden gegenüber über 100 Staaten untersucht und an die betreffenden Regierungen mit der dringenden Aufforderung um unverzügliche Untersuchung weitergeleitet. Ich meine, dass diese Auswahl von ca. 10% aller Staaten der Welt aus allen Regionen und mit unterschiedlichsten Haftstandards und Rechtssystemen eine durchaus repräsentative Grundlage für eine globale Einschätzung der Praxis von Folter und der Haftbedingungen darstellt.

Das Ergebnis ist erschreckend und geht deutlich über die bisherigen Befürchtungen von Amnesty International und ähnlichen Organisationen hinaus. In 17 der 18 besuchten Staaten (mit der einzigen Ausnahme von Dänemark einschließlich von Grönland) fand ich Beweise für Folter, zum Teil nur einzelne Fälle, aber in der Mehrheit der Staaten als eine ziemlich weit verbreitete oder

routinemäßige Form der Erpressung von Geständnissen und Informationen. In zwei Staaten (Nepal 2005 und Äquatorialguinea 2009) stellte ich sogar systematische Folter fest. Besonders brutale physische Foltermethoden fand ich darüber hinaus in Jordanien und Sri Lanka, die grausamsten psychischen Methoden der Gehirnwäsche und Brechung der Persönlichkeit politischer Häftlinge in China. Auch in den drei gemeinsamen Untersuchungen, insbesondere der globalen Studie über geheime Haft im Kampf gegen den Terror, fanden wir eindeutige Beweise für weit verbreitete Folter in einer beträchtlichen Zahl von Staaten, insbesondere durch die USA, in der arabischen Welt, Osteuropa, der Russischen Föderation, in Afrika und Asien. Mit anderen Worten: Trotz des absoluten und uneingeschränkten Verbots der Folter im Völkerrecht und in nationalen Rechtsordnungen wird diese extrem brutale Methode zur Erpressung von Geständnissen oder sonstigen Informationen in mehr als 90% der Staaten im 21. Jahrhundert praktiziert.

Noch erschreckender ist die Bilanz im Hinblick auf Haftbedingungen. Viele der von mir interviewten Häftlinge in allen Regionen der Welt berichteten in überzeugender Weise, dass sie zwar in den ersten Tagen oder Wochen der Haft durch die Polizei oder sonstige Sicherheitskräfte gefoltert wurden, dass diese Schmerzen und Leiden aber nicht vergleichbar wären mit dem unsäglichen Leiden, das durch grausame und unmenschliche Haftbedingungen über viele Jahre hindurch verursacht wurde. Besonders erschreckend sind die Bedingungen in der Polizeihaft. Zellen in Polizeistationen sind in der Regel dafür gedacht, Personen, die im Verdacht stehen, eine strafbare Handlung begangen zu haben, für eine kurze Zeit von maximal 48 Stunden anzuhalten, erkennungsdienstlich zu behandeln und einer ersten Einvernahme zu unterziehen. Danach sollten diese Personen aber einem unabhängigen Gericht vorgeführt werden, das entweder die Untersuchungshaft in einer dafür vorgesehenen Justizanstalt verhängt oder die Betroffenen gegen eine Kaution oder sonstige Sicherheitsleistung freilässt. Gemäß Artikel 9 des Internationalen



Pakts über Bürgerliche und Politische Rechte sollte die Untersuchungshaft eine Ausnahme darstellen, die nur bei schweren Delikten und zusätzlichen Gründen (Flucht-, Verdunkelungs- oder Wiederholungsgefahr) verhängt wird und in der Regel nicht länger als sechs Monate dauern sollte. In den meisten Staaten der Welt wird die Untersuchungshaft jedoch routinemäßig, selbst bei Bagatelldelikten verhängt. Insbesondere arme Menschen, die nicht über die nötigen Beziehungen oder finanziellen Mittel zur Bestechung von Polizei, Richtern, Staatsanwälten oder Gefängnispersonal verfügen, bleiben oft für viele Monate und Jahre in Untersuchungshaft. Da die Justizanstalten in vielen Staaten überfüllt sind, bleiben diese Menschen nicht selten für viele Monate oder gar Jahre in Polizeihaft. In Jamaika fand ich beispielsweise viele Untersuchungshäftlinge, die bis zu fünf Jahren unter unbeschreiblichen Bedingungen in überfüllten, dunklen, stickigen und völlig unhygienischen Polizeiverliesen angehalten waren und so gut wie nie das Tageslicht gesehen hatten. Sie hatten weder ein Bett, noch eine Matratze, Decken oder sonstige Gegenstände bei sich, sondern mussten sich um einen Schlafplatz am Beton- oder Leimboden streiten und waren ständiger Gewalt von Polizei oder Mithäftlingen hilflos ausgeliefert. In den Polizeizellen von Äquatorialguinea, Nigeria, Jamaika, Papua Neuguinea, Paraguay und anderen Staaten sind die Häftlinge sogar darauf angewiesen, dass sie durch Familienangehörige oder Freunde (sofern sie solche in der Nähe haben) täglich mit Essen versorgt werden.

Da es in den Zellen häufig nicht einmal Toiletten gibt, werden die von den Familien mitgebrachten Wasserflaschen zum Urinieren, und die leeren Plastiksäcke vom Essen zur Notdurft verwendet. Aber auch in Europa, wie zum Beispiel in Griechenland, werden sogenannte „illegale MigrantInnen“ nicht selten für viele Monate unter unmenschlichen Bedingungen in Polizeihaft festgehalten. Obwohl die Bedingungen in Justizgefängnissen in der Regel viel besser sind, habe ich auch dort zum Teil extreme Überfüllung und unbeschreibliche Haftbedingungen vergleichbar mit Uruguay, Paraguay, Georgien oder Nigeria festgestellt. In vielen, insbesondere kommunistischen und ex-kommunistischen Staaten herrscht ein archaisches Strafrechtsdenken vor, dass stärker auf Vergeltung denn auf die Rehabilitation von Häftlingen abzielt. Zusätzlich zur Todesstrafe und extrem langen Freiheitsstrafen

werden diese Menschen auch noch besonders harten Haftbedingungen wie extrem seltenen Besuchen, harter Arbeit, und Einzelhaft unterworfen. In der Mongolei werden Langzeithäftlinge bis zu 30 Jahren in absoluter Einzelhaft gehalten und dürfen, wenn überhaupt, nur zwei Mal pro Jahr besucht werden. Zum Tode verurteilte Straftäter werden über mehrere Monate angekettet und mit Handschellen in dunkler Einzelhaft festgehalten und dürfen nur von einem einzigen Familienangehörigen vor der Hinrichtung Abschied nehmen. Aber auch in Europa (in den von Russland kontrollierten Enklaven Abchasien und Transnistrien) habe ich zum Tode verurteilte Menschen gefunden, die schon seit Jahren in strengstens gesicherter Einzelhaft auf ihre Hinrichtung warten und ihre Zellen nie verlassen durften.

Um diese und viele andere systematische Missstände in der überwiegenden Mehrzahl der Staaten dieser Welt abzustellen, habe ich die Vereinten Nationen dringend aufgefordert, eine spezielle Konvention mit rechtlich bindenden Mindeststandards für Haftbedingungen auszuarbeiten. Hinsichtlich der Folter gibt es genügend bindende Normen des Völkerrechts mit konkreten Verpflichtungen der Staaten, Folter durch geeignete und wohl bekannte Maßnahmen zu verhüten, alle Hinweise auf Folter unverzüglich durch ein unabhängiges Organ zu untersuchen, die Folterer und ihre Auftraggeber strafrechtlich zu verfolgen und entsprechend zu bestrafen sowie den Opfern von Folter Wiedergutmachung für die erlittenen Schmerzen zu leisten, insbesondere durch medizinische, psychologische und soziale Rehabilitation. Es fehlt nicht an Normen, sondern nur am politischen Willen der Staaten, diese Standards entsprechend umzusetzen. Auch Österreich ist hier säumig. Um Folter wirksam zu verhüten und die Haftbedingungen nachhaltig zu verbessern müssen aber vor allem die Haftorte für unangekündigte Inspektionen durch unabhängige nationale und internationale Organe geöffnet werden, wie dies das Fakultativprotokoll zur UNO-Konvention gegen die Folter vorsieht. Leider haben bisher nur vergleichsweise wenige Staaten dieses neue Instrument ratifiziert (Österreich noch nicht) und in wirksamer Weise umgesetzt.

Für mich persönlich waren diese sechs Jahre trotz vieler Härten und Entbehrungen eine wertvolle Erfahrung und persönliche Bereicherung. Die meiste Zeit meiner Länder-Missionen habe ich in unbeschreiblichen Haftorten verbracht und mir

das Leid der Häftlinge sowie die unzähligen Lügen von Polizei-, Militär- und Gefängnispersonal angehört. Nur wenn ich sie mit gut dokumentierten Beweisen (v.a. Fotos) konfrontierte, haben diese Beamten schließlich zugegeben, dass „ein bisschen Folter“ schon hilft, ein Geständnis zu erpressen, oder dass sie die Art und Weise, wie Menschen für viele Jahre in Verliesen festgehalten werden, keinem Tier antun würden. Es ist sehr lehrreich, Länder durch die Augen von Häftlingen kennenzulernen. Wie Menschen in der Haft behandelt werden, ist einer der besten Indikatoren für die generelle Menschenrechtskultur in dem betreffenden Land. Viele Regierungen könnten sich ein Beispiel am „Prinzip der Normalisierung“ nehmen, das die Haftbedingungen in Dänemark bestimmt. Das Leben hinter Gittern soll jenem in Freiheit möglichst nahe kommen. Freiheitsentzug ist an sich schon eine harte Strafe oder Maßnahme. Es fällt keinem Gefängnisdirektor oder Polizeichef ein Stein aus der Krone, wenn er Personen hinter Gittern statt als „Insassen“ mit anonymen Nummern als „Klienten“ mit einem Namen und eigenen Kleidern behandelt, denen man die Hand schüttelt und sie mit demselben Respekt behandelt, den man Menschen in Freiheit entgegenbringt. Bei der Menschenwürde darf es keinen Unterschied machen, ob diese Menschen schwere Verbrechen begangen haben, in Untersuchungshaft sitzen, drogenabhängig, psychisch krank oder ohne Papiere über die Grenze gekommen sind. Aber ein respekt-, rücksichts- und würdevoller Umgang mit diesen Menschen kann bereits viel dazu beitragen, ihr Leid zu verringern, Gewalt zu verhindern und die generelle Atmosphäre in der Haft zu verbessern. Viele Beispiele haben mich gelehrt, dass auch in repressiven Systemen und unter schwierigen Bedingungen einzelne humane Gefängnisdirektoren und Polizeichefs einen großen Unterschied machen können.



Photo: Nowak - Eylakio/Griechenland, Migration Center an der Grenze zur Türkei

International UN



United Nations Youth and Student Association of Finland

UNYSA Finland is an umbrella organization for Finnish Model United Nations and five local UN associations in Finland. The main activities are to support the member organizations in their work on the field, implement one or two national campaigns on diverse UN related topics per year, and offer support to the Finnish Youth Delegate to the UNGA.

Contact: Honna Marttila honna.marttila@finmun.org



United Nations Student Association of Norway (FN-studentene Norge)

UNSA Norway is an umbrella organization for the 6 UNSAs in Norway. We are working towards becoming an organization with individual members and have grown continuously since the establishment in 2009. The goals of UNSA Norway are to get more focus on international questions and to promote the values of the UN charter and the human rights declaration through national and international events.

Contact: Chairman Halstein Bagøien Moe: halstein.moe@fn-studentene.no



The Young UN Network Germany (JUNON)

JUNON was founded in 2005 by several youth groups, all fascinated by the work of the UN. Like our member groups our goals are diverse, but have a common denominator. Bringing the UN and youth closer together. We facilitate capacity building and networking for MUNs, promote the youth participation at the UN and have working groups focused on research and education.

Contact: Sylvia Wittmer: sylvia.wittmer@googlemail.com or Christian Kurtz, Perke Jacobs: sprecher@junges-uno-netzwerk.de



United Nations Youth Association Switzerland (JUNES)

The Swiss UNYA (JUNES in German) counts 300 members from 10 different member organizations. Among many different projects, JUNESMUN is one of the most important ones: all JUNES Members gather for a two-day UN simulation. Another major project is the Intra-Swiss Youth Forum United Nations where the participants can visit the UN Headquarters in Geneva and discuss current issues with UN officials.

Contact: Philine Frei: info@junes.org

Y-Youth Network



United Nations Association of Uganda (Youth-Section)

The victorious success of the United Nations Association of Uganda remains a stronghold within the East African region. Dominated mainly by youth branches considerably in universities and high schools, it plays a significant role in achieving MDG's by hosting and accommodating several projects which have received international acclamation. Although it is evident in promoting UN MDG's, it has remained as a major source of connection established with an aim of connecting Ugandans from all walks of life, the nodal point being to ensure a stronger and regional cooperation.

Contact: Monica Akech: ackechmonica@gmail.com



United Nations Association of Russia (Tyumen Youth Chapter)

Tyumen Youth Chapter of the UNA-Russia was established in the beginning of 2009 in a partnership with Tyumen State University with the purpose of promoting intercultural dialogue among youth in Tyumen region and integrating foreign students into the Russian culture. By now the activities of the organization include such projects as Tyumen Model UN (separately for high-school and university students), Global Classroom, Photo and Essay Competition on intercultural experience, Summer School on Global Studies, etc.

Contact: Irene Gruzdova: gruzdovair@gmail.com



United Nations Association of Turkey (Youth-Section)

The Youth Section of UNA-Turkey was founded in 2006 by two ardent young members of the association and afterwards became official in 2007. Since being founded, Youth Section aims to set young people in motion and raise their awareness on global issues, and care for the founding principles of the UN. Some of their main projects are the 'Young Diplomats' project and 'Listening Library' where some of the most important documents about the United Nations are being recorded as voice tapes by UNA Turkey Youth Section. Those tapes are being used in many schools for visually handicapped citizens.

Contact: Alper Gürlek: alpergrlk@gmail.com



United Nations Association of Spain (Youth Section)

The United Nations Association of Spain (UNA Spain) was founded in 1962 with its headquarters in Barcelona, recognized by the UN as its main connection to civil society, acting as a focal point of the regional Centre of Information of the United Nations (UNRIC). One of the main sections of UNA-Spain is Youth, which organizes several activities during the year related with youth, the most important one is the C'MUN, The Model United Nations of Barcelona.

Contact: Eirene Ramos: eirene@anue.org, Raül Jiménez: cmun@anue.org

The C(o)urse of Engineering Through the Ages

Over the millennia man has generated his implements by technology and has developed simultaneously with them. Progress in engineering should serve for the benefit of mankind, but it is an uncontrollable phenomenon with unknown goal, ambivalent in its valuation, which is dependent on its use or abuse. **Text** Helmut W. Malnig

In general the engineering sciences are based on the application of natural scientific knowledge, in order to realize ideas by problem-solution, design, execution and by employing auxiliary means for their translation into hardware. The professional designation "engineer" has been derived from the Latin: ingenium = natural talent, creative spirit / ingenuus = the free born in antiquity / ingenerare = to generate something

Historic Development

At the eve of civilization engineering provided the basic implements for survival of mankind. One may identify in the building of the first shelter or house, long before the availability of tooling / implements, the origins of engineering. As the hamlets and villages, mainly constructed at cross-ways and around a water source, expanded and surrounded themselves with walls, fortified by towers, skilled artisans and city-architects were required. In classical times Archimedes was generally acclaimed as: "The Engineer", though the achievements of preceding generations of engineers in the fields of mining, bridge-, road- and water duct construction, the building of theaters and of thermal facilities were of common knowledge.

Great progress had also been accomplished in land surveying, lifting devices and machines, which partially had been well documented. Certainly the ancient social system with its abundance of cheap labor in the form of armies of slaves very likely may have prevented the faster development of engineering in replacing true manpower. The above terms of definition for engineers had already been used during Roman antiquity: For the designers of means of war > catapults, ships, siege- and assault devices etc., and also for builders of civic construction > bridges, roads, city walls, aqua ducts, thermal baths, etc.. From those basic tasks the military engineer and the civil engineer have developed, and i.e. both having originated from military technology. Whenever the civil engineer / architect tried to

protect a community by walls and to support its survival by water supply and by a sewage system, then the engineer on the opposing side tried to defeat those walls by their undermining and by employing siege engines, and by disrupting their life lines, while simultaneously securing supply and protection for his own forces. Eventually that fact developed into some sort of monkey business: defense versus attack, construction versus destruction, whereby the latter always got the faster and more effective edge of it.

Despite their visually documented achievements the social position of the engineers was not as highly esteemed in ancient Greece as in the later Hellenistic states and afterwards in Rome. Vitruvius for instance was a friend of Emperor Augustus to whom he dedicated an Encyclopædia of Engineering (22 – 14 BC). Frontius described the surveillance of the aqua- ducts of Rome. The later emperors as f. i. Diocletian (about 300 AC) promoted engineering and even supported the education of gifted youth in becoming engineers. With the forthcoming of gun powder in the western hemisphere, the employment of mathematics and other natural sciences increased incessantly for the design of ramparts and siege machines.

The engineer became the user or master of the machine (engine), as being logically expressed in the Anglican countries: engine > engineer. Afterwards, the Renaissance was the period which produced such genial inventors and master-builders like Leonardo and Michelangelo (both active in the 15th / 16th century). By then the activities of the surveying engineers had become essential for the exact planning of campaigns, as well as for the cartographic mapping of the world. Towards the end of the 17th century, when Vauban came up with his "super-fortresses", the first military academies were established emerging from the schools of engineering and of artillery.

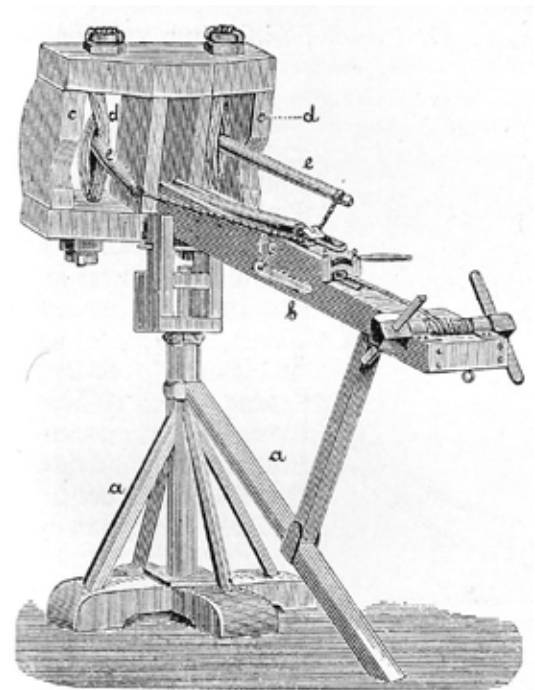


Photo: Buch der Erfindungen, Leipzig 1901

At the times of the French Revolution the engineer not only proved his technical expertise, but he also prepared in person the proper point for the assault and assailed it also with "sappers" and "pioneers". Thus each army had a significant "engineer corps" attached, which also comprised the "pontonniers", the latter being specialized in river crossing. The 19th and 20th century – Industrial Age, Atomic Age, Space Age – was distinguished by a multitude of important discoveries and excellent inventions, which should serve an expanding mankind. The requirement for specialists had grown to such proportions, that scientists and engineers had already to be brought up in specific educational institutions, at technical universities and institutes.

Engineering has been mostly dependent on inventions, usually far ahead of their time, and their applications. Only the engineer achieved the solution of the constantly arising problems, compromising with creativity, systems and energy sources between science and application, and thus producing functional hardware. A good example is the gyroscope of the French scientist

Léon Foucault (1819 – 1868), whose principle was applied by the Trieste Ludwig Obry (1852 – 1942) successfully for his torpedo directional stabilization device, only realizable because of the possible precision machining of his time. Time matures ideas and products!

The Evolution of Technics

Should we rather introduce the terms of valuable- and evil engineering? Crantzberg states that technology is ambivalent; neither good nor evil, rather neutral, changing with time and circumstances, and pending use or abuse! It should serve progress, which is an uncontrollable phenomenon, for the better of mankind. Engineering itself has become a product of that progress, tending towards an indefinite goal regardless of the exploitation of the in future available natural resources.

A Conflicting Situation – Arms Technology

During the Cold War (1947 – 1989) the opponents in East and West averted fortunately a final atomic show-down, compensating their political and military conflict by competition (in culture, sports, etc.) and by a race in science, spaceflight, armaments and its spin-off. This may have served initially to demonstrate national superiority but resulted in a vast progress of science and technology for all of mankind. An illustrated Example: Evolution of stand-off weaponry. The example chosen, is purely of military value, though one still could distinguish between defensive or aggressive use. Even here: Good or evil! Technical progress seems evident nevertheless.

Though centuries may have passed between the various devices, they all served the same purpose: A safe weapon, i.e. with stand-off, to deliver its lethal projectiles (dart- cannon-ball – rocket) upon the enemy target. Why were so many inventions or pioneer achievements purely of military nature? Occurring events, such as warfare, required instant response in form of ideas and their immediate hardware application as problem solution. On the other hand the “spin-off” from military technology found quick civic applications, which could not be deleted from nowadays life. Let us consider f. i. the air-cushion principle, today also in use for civil vehicles and lifting-devices. For an inventor / engineer it is hardly possible to determine whether the produce of his work, f. i. a new

jet engine, will power a military or civil aircraft, as for both nearly identical specifications are applicable. Between the wars a French general modified not without reason Heraklit from Ephesos words into: “La guerre est le père du progrès”. But sometime and someplace we seem to have lost the objective from our guidance – serving the progress of humanity – and thereby our professional ethos, by assuming nearly demiurgical powers in construction / destruction. Certainly by accomplishment of “the ultimate weapon” engineering has reached its technical and ethical anti-climax, as escalation in one direction only has deviated from apparent progress into a curse!

Engineering versus Science – the Optimization

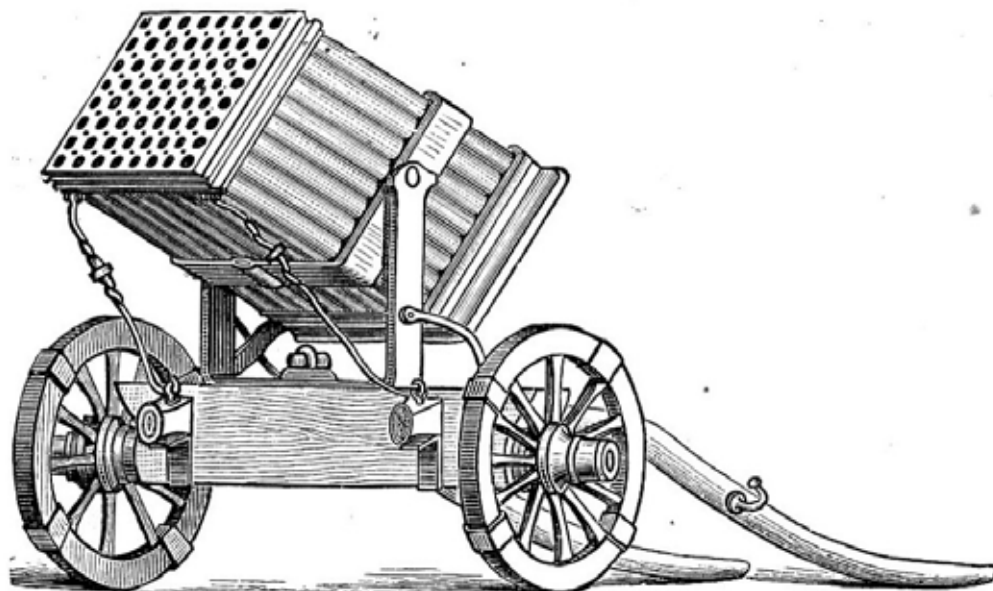
The task of the scientist is to know, that of the engineer is to act. The scientist enhances the wisdom of the physical world, while the engineer applies that knowledge to the solution of practical problems, and thus making things happen. Engineering is based on the utilization of theoretical / scientific tools such as chemistry, physics and mathematics and the implementation of material technology, rigid bodies- and liquid mechanics, thermodynamics, transfer- and production processes as well as systems analyses etc. In the 20th century engineering had become so complex, that entire teams of engineers / specialists had to be employed in order to solve specific problems for large scale application and interfaces: just imagine a car with its many parts and components, which serve only the main purpose, that of safe transport. Means of modern communication and logistics have greatly facilitated the tasks, while auxiliary means such as the computer have led to mathematical modeling, providing

quick, precise, and reliable design definition and the following-up production processes, as well evaluation and future design prediction. Contrary to the scientist, the engineer cannot select the interesting or promising problems, but he has to solve immediately arising problems. These solutions – one way is no way! – have to satisfy often contradictory requirements. Any solution of a problem is expensive: safety / reliability lead to complexity and a requested improvement in performance automatically increases the basic requirements. Upon that, the reaction of the engineer has been to offer his best solution – the optimization, which with regard to possibilities involves all factors combined and in accordance (time, cost, functionality, efficiency, compatibility, etc.). This has long ago originated and proved itself in aerospace and arms technology.

The Impact of Industrialization – a Pendent Issue

Our civilization has improved / advanced thanks to the progress of engineering, but at what stake? In the past century an ever exploding population required a technology proceeding at equal pace, which in its course has begun to drive civilization into obsession. Today’s society of high-tech, mass production, luxury and abundance, has left in its wake litter and waste, resulting in pollution and destruction of the ambient to such an extent, that it cannot be absorbed by nature any more. The results have been the extinction of entire species and a deteriorating / ruined ambient. Consciousness of the ambient by the engineer is not sufficient, as this process has become irrevocable, and only the total effort of human society may delay / avert the eventual collapse of nature and our own decline. “But who is afraid of”?

Photo: Buch der Erfindungen, Leipzig 1901



515. 64läufiges Orgelgeschütz vom Jahre 1604.

WikiLeaks

Whistleblower oder Gefährdung der staatlichen Sicherheit?
Beginn des Datenkrieges? Neue Demokratieplattform?

Text Gregor Woschnagg

Die Enthüllungsplattform WikiLeaks hat die Schlagzeilen der Weltpresse mit der Verhaftung seines Gründers Julian Assange am 7.12.2010 dominiert. Computerhacker haben sich mit einem „Datenkrieg“ gegen einige Firmen, wie die Kreditkartenunternehmen Visa und Mastercard revanchiert und deren Internetseiten lahmgelegt, weil sich Visa und Mastercard geweigert haben, Spenden für WikiLeaks weiterzuleiten.

Was ist WikiLeaks?

Es handelt sich um eine 2007 gestartete Webseite, deren Ziel es ist, als „whistleblower“ bis dahin vertrauliche Dokumente von staatlichen Behörden, der US-Armee aber auch von privaten Firmen zu veröffentlichen, mit dem Ziel politische Ungerechtigkeiten und Verbrechen aufzudecken. WikiLeaks wird anonym von Journalisten, Computerprogrammierern, Mathematikern u.a. betrieben und mit privaten Spenden unterstützt. WikiLeaks akzeptiert Dokumente aus anonymen Quellen aber behauptet, dass es den Wahrheitsgehalt der Dokumente überprüft, um Fälschungen aufdecken zu können. Die Dokumente werden dann mit dem letzten Stand der Verschlüsselungstechniken geschützt und in über 700 auf der ganzen Welt verteilten Portalen gelagert, um bei Auslöschung einer Quelle dann von anderen Computern seine Daten verbreiten zu können. Bisher hat WikiLeaks aus US-Quellen über 391.000 Dokumente über den Krieg im Irak und Afghanistan und über 250.000 vertrauliche Berichte von US-Diplomaten veröffentlicht. WikiLeaks geht dabei gemäß den Prinzipien des „Art of Leaking“ vor und veröffentlicht die Dokumente gezielt und tröpfchenweise, um möglichst lange die Schlagzeilen der Medien mit seinen Neuheiten beherrschen zu können.

Spionage?

Die US-Armee hat den jungen Nachrichtensoldaten, der die Berichte an WikiLeaks weitergegeben hat, wegen Geheimnisverrat eingesperrt; eine Verurteilung der anderen Informanten wegen Spionage steht aber auf wackeligen Beinen, da

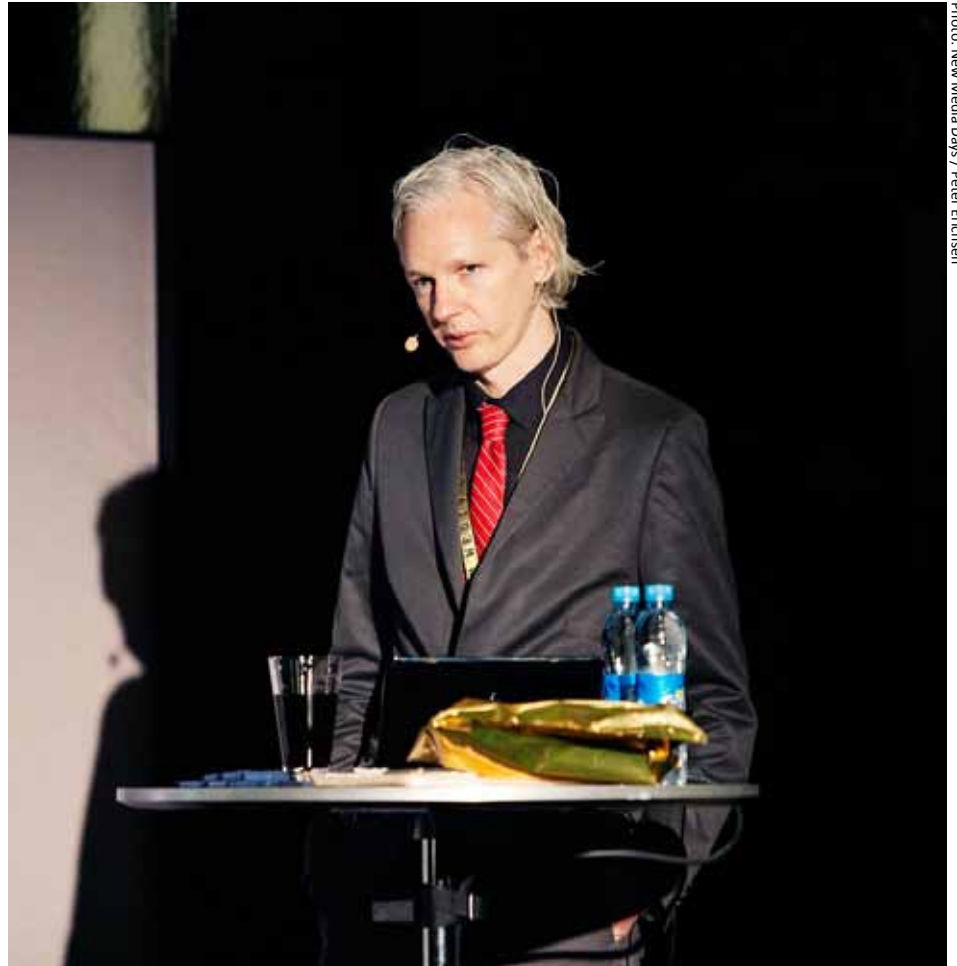


Photo: New Media Days / Peter Erichsen

Julian Assange - Sprecher von WikiLeaks

WikiLeaks diese Dokumente nicht an eine ausländische Macht verkauft sondern allen Lesern zugänglich gemacht hat.

Hat die bisherige Veröffentlichung das Ansehen der US-Armee und der US-Diplomatie - wie die meisten behaupten - zerstört? Eigentlich nicht, weil die bisher zugänglichen Dokumente nicht die vereinzelt behauptete Existenz einer geheimen Nebenregierung á la Goldfinger oder Dr. No belegt hatte. Im Gegenteil, die US-Diplomaten erscheinen als gut informiert über die Entwicklungen der Empfangsländer obzwar sie der Verurteilung durch „schnodriges journalistische Formulierung“ Aufmerksamkeit auf ihren Bericht zu lenken, in einigen Fällen nicht widerstehen konnten. Auch haben sie das Prinzip des Quellen-

schutzes bei Informationen nicht in allen Fällen gewährt und den Namen des Informanten in den Bericht aufgenommen und ihn damit durch diese Veröffentlichungen in WikiLeaks gefährdet. Es besteht eine alte und gute Tradition unter Diplomaten, ihre Quellen zu schützen und dabei abgestufte Codewörter wie „aus offiziellen Quellen“, „auf offiziellen Quellen“ „aus sonst zuverlässigen Quellen“ oder „aus nicht bestätigten Quellen“ zu verwenden. Die bisher kontroversielle Veröffentlichung ist vermutlich die sehr umfangreiche, vertrauliche Liste von wirtschaftlichen und anderen Institutionen, die als kritisch für die nationale Sicherheit der USA eingestuft werden. Diese umfasst Landungspunkte der Unterseekabel, Namen von Firmen die Impfstoffe erzeugen - darunter auch aus Österreich - Verkehrsknoten-

punkte etc.. Längerfristige Auswirkungen könnten die kritischen Berichte über die Machthaber in Arabien haben, weil diese deren Gegnern bei den islamistischen Extremisten einen Auftrieb verleihen könnten.

Was werden die Folgen sein?

Die US Behörden werden versuchen, WikiLeaks als Website zu stoppen, was nicht leicht sein wird, weil die Anhänger von WikiLeaks die neueste Technologie verwenden und mit Hilfe von Twitter und Facebook in der Lage sind, alternative Nachrichtenwege aufzubauen. Da die staatlichen Stellen ihre Informationssysteme generell nicht so gut geschützt haben wie private Firmen, werden die Sicherheitssysteme wesentlich verbessert werden müssen. Die Firmen, die sensible Daten wie Banken verwalten, verwenden Programme, die jedes ausgehende E-Mail oder jeden kopierten Datenträger nach verräterischen Wörtern scannen. Aber all diese Maßnahmen haben nicht verhindern können, dass einige Schweizer Bankangestellte mit den CD's voller Kundennamen einen lukrativen Handel mit den deutschen Strafbehörden unternehmen konnten.

„Ein Briefert ist ein Gift!“

Jeder erfahrene Diplomat ist sich bewusst, dass noch so gut gehütete Geheimnisse kein langes Leben haben. Die diplomatischen Archive werden meist nach 25-40 Jahren geöffnet. Ein erfahrener Diplomat wird daher die nötige Vorsicht bei der Abfassung seines Berichtes walten lassen. Schon Nestroy hatte ja festgestellt „Ein Briefert ist ein Gift!“ In Brüssel haben Geheimnisse eine noch kürzere Lebenszeit, da es dort die größte Ansammlung von sehr guten Journalisten mit über 1500 Medienvertreter gibt. Geheim sollten aber die Rückfallpositionen bei schwierigen Verhandlungen bleiben, weil sonst sich kaum ein Verhandlungserfolg für beide Seiten einstellen kann.

Neue Demokratieplattform?

Die Demokratie braucht aber zum atmen Meinungsfreiheit, weshalb WikiLeaks aus dieser Perspektive gesehen auch positive Elemente erzielt hat. Ohne Demokratie und Freiheit werden wirtschaftliche Kreativität und Innovationen abgewürgt. Die Wiki-Welt stellt eine neue Form eines „bottom up“ Modelles der internationalen Beziehungen dar, wenn wie im Iran Millionen, die

sich unterdrückt fühlen, zum Handy, Internet und Twitter greifen, um ihr Anliegen international argumentieren zu können.

Die Jugend hat einen leichteren Zugang zur elektronischen Kommunikation und wird diese neuen Möglichkeiten trotz staatlicher Kontrollmaßnahmen weiterhin vermehrt einsetzen. Die Bilanz von WikiLeaks ist daher aus derzeitiger Sicht zwiespältig, hat aber auch positive Seiten. Unterdrückende Regime können sich nicht mehr von der Weltöffentlichkeit herausstellen. Allen Evgeny Morozov hat in seinem Artikel im Foreign Policy richtig festgestellt: „Tweets don't overthrow governments; people do“. Auf der anderen Seite müssen sich die jugendlichen Aktivisten aber bewusst sein, dass Sicherheitsdienste die Fotos und Videos die in Flickr und YouTube aufgeladen werden und Proteste enthalten auch anschauen und dadurch eine Art „Frühwarnsystem“ für deren autokratisches Regime aufbauen. Es bildet sich mit diesen elektronischen Kommunikationstechniken neue Gefährdungen aber auch neue Chancen für die demokratischen Bewegungen heraus.



Haben Sie Interesse das
Global View
zu abonnieren?

Schreiben Sie uns:

globalview@afa.at
<http://www.globalview.at>

Abonnenten erhalten alle Ausgaben des Magazins GLOBAL VIEW und Einladungen zu den Veranstaltungen des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA) und der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) sowie vergünstigte Teilnahmegebühren bei den internationalen Konferenzen des AFA.

Abonnenten können die Serviceleistungen des AFA und der ÖGAVN in Anspruch nehmen und haben erleichterten Zugang zum „Außenpolitischen Geschehen“.



Democracy as a Function... ? $D(P,C,I,...)=??$

»It has been said that democracy is the worst form of government except all the others that have been tried « (Sir Winston Churchill).

Text Baris Ertugrul

In general there seems to be a shared believe, at least in the so called "western world", that democracy is a better form of government than other types which also still do exist like authoritarian or totalitarian regimes. But what exactly is democracy? The term comes from the Greek: *dēmokratía* "rule of the people", which was coined from *dēmos* "people" and *Kratos* "power". Basically democracy refers to a political form of government in which governing power is derived from the people – this can occur either by direct referendum or by means of elected representatives of the people. In fact there is not a single form of democracy but many: representative democracy (parliamentary or presidential), participatory democracy and consensus democracy to mention some of them.

Although each democratic system is unique, there are some common similarities which they do share. All types of democracies (except a total direct democracy) should have separation of powers and competitive elections as basic elements to be considered as a democracy. Other, more advanced, characteristics democracies should have are: freedom of speech and press; political expression; accountability; equal rights & the equality of citizens and political pluralism.

But when is one country or system more democratic than another? Is it possible to measure the degree of democracy? To certain extends it seems to be possible, at least this is what democracy indexes try to: The democracy ranking of the quality of democracy; The Economist Intelligence Unit's Index of Democracy; Polity IV Index and others. There are also some indexes for different measures that tend to correlate with the democracy indexes: Freedom House Index, Failed State Index, ect. The different indexes might have some similarities but usually they have different methodology and weighting of the factors. They try to establish a ranking, in which states with higher appropriate scores do get better ranks. The rankings represent the achieved final values according to the respective measurement. Those values are numbers achieved from the input of scores from different factors and they seem to have an ordinal scale. The Economist Intelligence Unit Index of Democracy for example focused on five general categories: electoral process and pluralism, civil liberties, functioning of government, political participation and political culture. Whereas the Democracy Ranking of the Quality of Democracy measures following dimensions including their weighting: Politics (50%), Gender (10%), Economy (10%), Knowledge (10%), Health (10%), and Envi-

ronment (10%). If we consider the values of the rankings to be a weighted sum or an output of some input variables than the measurement of democracies becomes a function. How about democracy itself? Can democracy be regarded as a function of different input variables? Answering this question is difficult.

What we can do, or at least try, is to analyze the factors which democracies have in common. More precise we can try to find the factors "High Quality Democracies" (HQDs) have in common. HQD is probably not a common expression and it is not intended to use it as a moral judgment. If a measurement and ranking of states according their democratically quality is possible, which the democracy rankings try to then it can be argued that states on the highest ranks do have a "higher quality" of democracy. Ratings about the quality of democracies should be regarded critically. Focusing only on one index might lead to biased conclusions, since a specific methodology can favor certain factors or certain states. Therefore a comparison of different indexes might be relevant. Therefore we should consider states as HQDs which are on top of several indexes and not only on top of one.

The interesting thing is, even though the various democracy indexes and also the other indexes have specific differences in their methodology the results tend to be similar. Countries like Sweden, Norway and Denmark are always among the top rated. Also countries like, Australia, Austria, Canada, Finland, Germany, Ireland, Netherlands, New Zealand and Switzerland have high ratings and they seem to be among the Top 15 of several indexes – the USA for example has quite high rankings too but usually isn't among the Top 15 of the several indexes.

Considering the mentioned countries as HDQs: What do they have in common? Looking at different data and factors they seem to have certain similarities: strong political competition, functioning institutions, distinct accountability, a participating civil society, high education and high



Photo: flickr/phant

income (GDP / capita). Comparing the democracy indexes with other indexes it turns out that all the HQDs do also very well in the following rankings: Failed State Index, Corruption Perception Index, State Fragility Index and Human Development Index. There seems to be a negative relation of “well functioning democracies” with corruption and a positive relation with “well functioning states”. When it comes to state fragility there is a general negative correlation between income per capita and the State Fragility Index score, but interestingly almost all net oil-producing countries have fragility scores far greater than be expected for their level of income. A resourceful environment together with a reliance on those resource as primary income factor might therefore increase the likelihood of conflict or instability which again would influence the quality of a democracy. Another interesting observation is that all HQDs are parliamentary democracies, meaning that ministers of the executive usually are drawn from the legislature and are accountable to that body.

How about different factors influencing the quality of democracies? Some might argue without a negative evaluation that culture or values could have an influence, since both do influence human behavior and in the end democracy depends on people and their participation. In deed it is often argued that participation and competition are the most crucial factors for a democracy to function well. What if both factors are influenced by

the set of values within a society, besides of the capabilities? Political scientists often use the term political culture, which means the embedded set of contents, opinions, values und goals in each political system. Values do by definition guide the behavior of human beings and influence the way people select action and evaluate events – they can occur as values of individuals or as cultural values if they occur similarly in a society. Interestingly the HQDs have also similarities when it comes to certain values. On Geert Hofstede’s cultural dimensions, which try to rate the value characteristics of 5 dimensions, the before mentioned HQDs seem to have similarities on 2 value dimensions: moderate high to high Individualism values and low Power Distance Index values. The individualism values are above global average and the power distance is below it. First means individuals are loose: everyone is expected to look after him/herself and his/her immediate family. The latter means that less powerful members of organizations and institutions (like family) generally don’t accept and don’t expect that power is distributed unequally. In deed both dimensions could have an impact on democracy since they might have an influence on the participation of individuals and the civil society as well as they might influence the degree of (political) competition. Although the relationship of values and the political system is not clear – both could have an influence on each other, and the relation of values influencing the system isn’t necessarily the prevailing one.

Considering all those factors and the complexity behind them, the answer to the question whether democracy can be seen as a function remains open. Probably it won’t be possible to create a precise mathematical function or relationship between democracy as an “output” and different factors as inputs. Our evaluations and judgments of other and maybe not so democratic countries should be done carefully since the outcome of democracies depends on many factors without having a single causality.

Interested in the Topic?

**For a contact to the Author,
please write an E-Mail to**

globalview@afa.at

**We are also happy
to get your feedback!**



Donau Krankenversicherung

Für die Gesundheit ist das Beste gerade gut genug. Ob in der Klinik oder beim Spezialisten in der Praxis, ob im Inland oder im Ausland: mit der **Krankenversicherung** der Donau bleiben keine Wünsche nach optimaler medizinischer Betreuung offen. Sichern Sie sich diese bewährten Stärken der Donau jetzt auch für den Gesundheitsbereich!

Donau ServiceLine 050 330 330
www.donauversicherung.at

Flexibel wie das Leben

Donau
VIENNA INSURANCE GROUP

Illegal and Unjust: Excised Detention in Australia

The Australian offshore processing system of asylum-seekers arriving by boat is thrown under national and international condemnation.

Text Stella Szonn

The international refugee protection system obliges States not to impose penalties on account of the illegal entry or presence of refugees, who come from a territory of persecution. Detention can only be justified when it is provided by law and for the shortest time as possible, necessary to conduct identity, health and security checks. However, Australia's migration law requires the mandatory detention of all non-citizens without a valid visa.

Those arriving by boat are taken to the offshore detention centres on Christmas Island, where they are incarcerated for indefinite and often unnecessarily extended periods. The remoteness severely restricts access to service providers, including torture and trauma counselling, which are important to ensure the well-being of asylum-seekers. Moreover, the weak community infrastructure makes it impossible to humanely accommodate those who do not pose any threats, which has led to rising incidents of self-harm and attempted suicide.

Two-Tier System

Australia treats asylum-seekers differently depending on their manner of arrival. The majority of asylum-seekers arrive on a valid visa and have access to the Refugee Status Determination system regulated by the national Migration Act. This means that they are allowed to live in the community and able to submit an application for a Protection Visa. They have access to the independent Refugee Review Tribunal (RRT) with the courts monitoring officials to ensure procedural fairness.

In contrast, the claims by those who first enter at an excised offshore place are processed through a "non-statutory" Refugee Status Assessment (RSA), not bound by Australian law. Unless the Immigration Minister makes use of his non-compellable discretion and "lifts the bar", they are denied the right to apply for refugee protection.



Photo: 2010 RCOA

High Security Detention Centre on Christmas Island which currently detains over 1,800 adult male asylum-seekers.

Barred from the RRT, they only have access to an Independent Merits Review, which can merely make non-binding recommendations to the Minister.

Error of Law

Recently, the High Court challenged the Government's power to uphold a system, where decisions on life and death cannot be reviewed by law. The eagerly awaited outcome concerned two Sri Lankan plaintiffs, who were never given a chance to appeal their rejected visa applications in court. By unanimous decision, the Court ruled that all RSA reviews must comply with the Migration Act and judgements of Australian courts. Paul Power, CEO of the Refugee Council of Australia, urges the Government not to undermine the impact of the ruling but to "investigate how all RSA processes in Australia can be subject to the same high level of rigour and scrutiny." Errors of law and procedural unfairness cannot be part of decision-making processes that have such a fundamental impact on peoples' lives. Controversially, the ruling did not affect the validity of mandatory detention itself.

Human Rights Paradox

Even though Australia is party to most international human rights treaties, including the 1951 Refugee Convention, the federal Parliament has not incorporated any of them into domestic law. Australia still remains the only Western country without a constitutionally entrenched Human Rights Act (HRA), which contributes to the great paradox by prominent nations that human rights are only relevant for "other" countries.

The High Court's ruling is an important step. However, in order to adopt a comprehensive protection framework, a federal HRA is essential. It would force the Government to consider human rights consequences of the legislation it is introducing, enabling individuals without access to the domestic protection system to enforce their rights. Most importantly, it would deepen a culture of human rights, which condemns the governmental deterrence approach and focuses on the protection of persons, who actually flee from persecution.

2010: Jahr der Biodiversität

Folgt man dem öffentlichen Tenor, geht der Verlust der biologischen Vielfalt trotz des „Jahres der Biodiversität“ weltweit ungebremst weiter.

Text Florian Leregger

Biodiversität, die biologische Vielfalt, umfasst die Artenvielfalt, Lebensraumvielfalt und genetische Vielfalt. Sie ist allgemein das Maß für die Anzahl und Vielfalt der lebenden Organismen in einem definierten Raum, dazu zählen Tiere, Pflanzen und Mikroorganismen. Dieser Reichtum wird oft auch als Eigenschaft lebender Systeme, als die Lebensgrundlage für das menschliche Wohlergehen oder als politisches Programm definiert.

In der Tat wurde der Begriff seit 1992, als die CBD (Convention on Biological Diversity) in Rio de Janeiro (BRA) stattfand, geprägt und weiterentwickelt. Auf der UNCED (United Nations Conference on Environment and Development) beteiligten sich 190 Staaten und beschlossen „The 2010 Biodiversity Target“. Dabei handelt es sich um ein Umweltkonzept für den Erhalt der biologischen Vielfalt, das heute 193 Vertragspartner umfasst und von 168 Staaten unterzeichnet wurde. Die biologische Vielfalt spielt eine gewichtige Rolle in der regionalen, nationalen und internationalen umweltpolitischen Debatte. Einfluss des „2010 Biodiversity Target“ findet man z.B. im nationalen ÖPUL (Österreichisches Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft), in der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie und in den Ergebnissen der 10. UN-Artenschutzkonferenz in Nagoya (JPN).

Aufgrund der unterschiedlichen räumlichen Verteilung der Biodiversität herrscht ein großes globales Ungleichgewicht der Ressourcenverfügbarkeit. Die differenzierte Verfügbarkeit hängt vom Breitengrad, Habitat und dem Maß der menschlichen Einwirkung ab. Dabei ist zu erkennen, dass so genannte „Hot Spots“ der biologischen Diversität in Äquatornähe bzw. am Äquator liegen und in Richtung höherer Breitengrad tendenziell abnehmen. So ist z.B. die Artendiversität in den warmen Tropen bis zu sechs mal höher als im nördlichen Europa und gewisse Habitats wie Regenwälder oder Feuchtgebiete sind vielfältigere Lebensräume für wesentlich mehr Organismen, als die Wälder in der nördlichen Hemisphäre.

Aktuelle, auf Projektionen basierende, Schätzungen erstrecken sich von 5 Millionen bis zu 100 Millionen Arten, davon sind heute etwa 1,4 Millionen bekannt. Nach derzeitigen Schätzungen gehen pro Tag aktuell bis zu 130 Tier-, und Pflanzenarten verloren. Weltweit sind rund 16.500 Arten vom Aussterben bedroht. Die bedrohten Arten sind in zahlreichen nationalen, sowie internationalen Listen angeführt, dabei zählen die „Roten Listen“ der IUCN (International Union for Conservation of Nature) zu den bedeutendsten und zuverlässigsten Quellen. Dabei sind unter den Säugetieren und Amphibien, relativ gesehen, die am häufigsten bedrohten Arten zu finden.

Die Gegebenheit des Verlustes der Biodiversität ist größtenteils anthropogen bedingt. Nach wissenschaftlichen Befunden ist zu beobachten, dass die Geschwindigkeit der Reduzierung der biologischen Vielfalt überproportional schnell voranschreitet.

Fakt ist, dass nach der jetzigen Situation der Artenschwund im Laufe der Zeit weiter voranschreiten wird. Es liegt nun am Menschen dies durch ein möglichst rasches Umdenken in seinem Verhalten und Bestreben der ressourcenökonomischen Ausbeutung der natürlichen Systeme zu ändern.

Die Natur ist Lebensgrundlage für den Menschen und darf nicht über ihre Kapazitäten verbraucht bzw. geschädigt werden. Gemäß dem Brundtland-Report besagt Nachhaltigkeit eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der jetzigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeit zukünftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Das sollte das Ziel einer zukünftigen Umweltpolitik und einer zukunftsfähigen Gesellschaft sein, um die beschränkten Kapazitäten der natürlichen Ressourcen für die erwartete steigende Weltbevölkerung auch in Zukunft gewährleisten zu können.



Cancun 2010: Gipfel der Kompromissbereiten

Bei der Weltklimakonferenz in Cancun wurden die Weichen für die Fortführung des UN-Prozesses gestellt. Weitreichende Veränderungen für den Klimaschutz blieben hingegen aus.

Text Magdalena Reitbauer

Bis zum letzten Tag wurde intensiv verhandelt. Zwei Wochen lang tagte die 16. Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention im Dezember 2010 im mexikanischen Cancun – mit zum Teil überraschenden Ergebnissen. Zwar gelang es den 194 Vertragsstaaten nicht, sich auf ein neues Abkommen für das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll zu einigen, dennoch ist die Klimakonferenz als wichtiger Schritt in der Fortführung des UN-Prozesses zu werten. So weisen die Staaten einerseits in ihrer Abschlusserklärung explizit auf die Kalkulationen des Weltklimarates IPCC hin, der die Senkung Treibhausgasemissionen um 25-40 Prozent vorschlägt. Andererseits enthält das „Cancun Agreement“ auch direkt das Bekenntnis zur zweiprozentigen Reduktion des CO₂-Ausstosses im Verhältnis zur vorindustriellen Zeit.

Alle Jahre wieder

Bereits nach der letzten großen Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember des letzten Jahres waren die Erwartungen an Cancun heuer gedämpft – einigten sich Vertragsstaaten bekanntlich damals ja nur auf einen Minimalkonsens. Das Hauptziel, ein Nachfolgeabkommen für Kyoto im Jahr 2009 zu beschließen, scheiterte aber unter großem Mediennachhall. Auch in Cancun konnte kein Kompromiss über einen Vertragsentwurf erzielt werden. Die Entscheidung wurde auf die nächste große Klimakonferenz Ende 2011 in Durban, Südafrika vertagt. Das Kyoto-Protokoll stellt aber quasi das Fundament der weltweiten Klimapolitik dar. 1997 hatten sich die Industriestaaten nach langjährigen Verhandlungen auf eine Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2012 um mindestens fünf Prozent im Vergleich zum Niveau des Jahres 1990 verpflichtet. Erst 2005 trat das Kyoto-Protokoll schließlich in Kraft, einstweilen ohne die Ratifikation durch große Industriestaaten, wie die USA oder Australien.

Etappensiege

Umso gewichtiger ist daher der diesjährige multilaterale Kompromiss, dem außer Bolivien alle Vertragsstaaten zustimmten. Auch die beiden



Photos: UN-Photo

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon bei der Eröffnung der United Nations Climate Change Conference (COP16) in Cancun, Mexico.

einflussreichen Protagonisten von Kopenhagen, China und die USA, sind an den Zielbestimmungen des Cancuner Übereinkommens beteiligt. Als durchwegs positiv wurde vor allem die Bereitschaft Chinas gewertet, seine nationalen Klimaschutzmaßnahmen international überprüfen zu lassen – im Gegensatz zu den USA. Kleine Erfolge brachte Cancun weiters auf dem Gebiet der Unterstützung der klimaschutzbedingten Kosten für Entwicklungsländer. Bis 2020 soll dazu ein sogenannter „Grüner Fonds“ in Zusammenarbeit mit der WTO entstehen, der mit 100 Mrd. Dollar Hilfestellungen anbietet. Außerdem einigten sich die Vertragsstaaten auf ein Ende der Entwaldung und eine vermehrte Förderungen von sauberen Energietechniken.

Cancun, was nun?

Im Großen und Ganzen lobten die teilnehmenden Staaten die Abschlussdokumente, die von der verhandlungsführenden mexikanischen Außenministerin Patricia Espinosa vorgestellt wurden. Dennoch bleiben vielen Fragen ungeklärt. Es gilt nun das Augenmerk auf die inhaltlichen Vorbereitungen für Durban 2011 zu richten. Ein Scheitern dort würde nicht nur das Ende des Kyoto-Prozesses bedeuten, sondern auch die Klimadiplomatie nachhaltig lähmen.

Österreichische Kulturpolitik im Iran - „Mit einfachen Mitteln große Freude bereiten“

Die österreichische Auslandskulturpolitik baut zur Vermittlung ihrer Anliegen und Prinzipien u.a. auf ein Netz von dreißig Kulturforen in aller Welt. Wie mannigfaltig, anspruchsvoll und anregend die damit verbundenen Aufgaben sind, offenbart das Beispiel des Österreichischen Kulturforums Teheran. **Text** Thomas Böhler

„Der Standortvorteil Kultur [...] muss auch in der Außenpolitik genutzt werden“, heißt es in jenem Dokument, das seit 2001 der Auslandskulturpolitik Österreichs zugrunde liegt. Und tatsächlich gewinnt die Soft Power der Diplomatie, die Wirkungs- und Gestaltungskraft kultureller Aspekte, in bi- und multilateralen Beziehungen zunehmend an Bedeutung. Einer der zweifellos schillerndsten Orte dieser Welt, an dem interkultureller Dialog tagtäglich gelebt und erlebbar gemacht wird, ist das Österreichische Kulturforum (ÖKF) Teheran. Eingebettet in die jahrhundertelange Tradition freundschaftlicher Beziehungen im kulturellen Austausch zwischen Österreich und dem Iran, blickt die Institution auf eine nunmehr 52-jährige Geschichte zurück. Sie genießt heute eine gewisse Sonderstellung in der Hauptstadt des Iran, blieb sie doch nach der Islamischen Revolution 1979 als einzige „westliche“ Kultureinrichtung dieser Art in Teheran bestehen.

Die drei Säulen: Sprache, Musik und Zivilisationsdialog

„Die erste Begegnung eines ‚Fremden‘ mit Österreich ist sehr oft über die Kultur“, berichtet Dr. Wolfgang Thill, seit 2008 Direktor des ÖKF Teheran, im Gespräch mit Global View. Seit den 1970er Jahren bietet das Kulturforum Deutschsprachkurse an, die jährlich von über 2.500 Menschen, großteils angehenden Akademiker/innen und Wirtschaftstreibenden, in Anspruch genommen werden. Das ÖKF verfügt außerdem über die größte frei zugängliche deutschsprachige Bibliothek des Landes. „Die deutsche Sprache dient oft jenen, die den Iran verlassen wollen, als Tür nach Europa“, so der Diplomat mit Verweis auf den starken Braindrain des Landes und die zunehmende iranische Diaspora.

Einen zweiten Schwerpunkt des Hauses bildet die österreichische Musik. So werden jährlich zahlreiche Konzerte im und um das Forum veranstaltet, sogar ein eigenes österreichisch-iranisches Symphonieorchester samt Chor wurde gegründet

und bereichert das Angebot der Einrichtung. „Der Iran ist ein junges Land. Über Sprache und Musik wollen wir daher vor allem die jungen Menschen, die ich als sehr aufgeschlossen und begabt kennen gelernt habe, erreichen“, erzählt Thill. Ziel sei es dabei stets, „ein gutes Image Österreichs zu schaffen.“ Daneben werden unter dem Stichwort „Dialog der Zivilisationen“ der Austausch und die Kooperation von Wissenschaftler/innen beider Länder gefördert.

Den Reiz des Interkulturellen verstehen

Im Vergleich zu anderen Österreichischen Kulturforen ortet Direktor Thill gewisse Besonderheiten in den Arbeitsverhältnissen in Teheran: „Unsere Tätigkeit mag zwar aufgrund administrativer Hemmnisse teils schwieriger sein, aber andererseits ist es leichter als anderswo, den Menschen mit einfachen Mitteln große Freude zu bereiten.“ So sei die Möglichkeit zur Veranstaltung eines Konzertes in den Räumlichkeiten des Forums oftmals eine einzigartige Erfahrung für iranische Jugendliche.

Eine der Philosophien des Kulturforums ist es außerdem, nicht unnötig provozieren zu wollen,

etwa was Kleidung und Alkohol betrifft. Die Vermittlung „westlicher“ Praktiken wird zwar nicht explizit gefördert, findet aber doch über gewisse Gepflogenheiten, wie etwa gemischten Unterricht, indirekt statt. „Wir wollen den Iranerinnen und Iranern auch signalisieren, dass etwas anderes nichts Böses ist“, meint Direktor Thill mit Blick auf den Umgang mit der Zivilgesellschaft. Selbst wenn die politischen Verhältnisse im Gastland den Rahmen der Arbeit bestimmen, so bliebe der Fokus doch stets auf die Jugend des Landes gerichtet.

Schließlich betont Thill, dass der Iran sehr wohl bereisbar sei, „wenn man sich an gewisse Spielregeln hält.“ Und auch konkrete Wünsche für die weitere Arbeit am Kulturforum hegt der Direktor: „Ein etwas größeres Haus wäre toll, denn vor allem bei Rockkonzerten platzt das Forum mit seinen maximal 140 Plätzen oft aus allen Nähten.“ Eine Ausweitung der ambitionierten Arbeit des ÖKF Teheran würde sicherlich seiner Bedeutung als Bindeglied zu den Staaten des islamischen Kulturkreises für Österreich und ganz Westeuropa gerecht werden.



Photo: BM/EA

Basel III

Den Medien ist oft zu entnehmen, dass Basel bereits abgeschlossen ist. Im europäischen Kontext steht dies für mich aber erst am Anfang. Der europäische Legislativprozess startet voraussichtlich erst im Juni 2011. Erst nach Abschluss werden die vorgeschlagenen Maßnahmen verpflichtend. Ziel ist es: Die Besonderheit des europäischen Bankensystems zu berücksichtigen um Wettbewerbsnachteile für die europäische Wirtschaft zu vermeiden und für gleiche Wettbewerbsbedingungen auf beiden Seiten des Atlantiks zu sorgen.

Text Othmar Karas

Schließung von Regulierungslücken

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat klar aufgezeigt, dass es deutliche Regulierungslücken gibt. Es gilt nun diese mit dem nötigen Finger-spitzengefühl zu schließen. Zwei Beispiele für Lücken dieser Art sind etwa Liquiditätsstandards und die notwendige Verbesserungen bestehender Regulierungen des Eigenkapitals. Die G20-Staaten haben beschlossen die Qualität des Kapitals zu verbessern, eine Fremdkapitalquote einzuführen und Liquiditätsstandards festzulegen. Nachdem die Finanzkrise in den USA vor allem eine Liquiditätskrise war, ist es unumgänglich Liquiditätsstandards einzuführen. Diese Vorhaben werden nun in Basel verhandelt und sind als Krisenreaktion notwendig.

Wahrung des europäischen Modells

Neun Mitglieder des Basler Ausschusses sind EU Mitglieder und sollten die Interessen der EU gebührend vertreten. Das europäische Bankensystem unterscheidet sich nämlich grundlegend von jenem der USA. Während 80% der Realwirtschaft in Europa kreditfinanziert ist, sind wir mit einer 80%igen Kapitalmarktfinanzierung in den USA konfrontiert. Dieser Ungleichheit muss unbedingt Rechnung getragen werden, um keine gravierenden Wettbewerbsnachteile für den europäischen Bankensektor zu verursachen.

Die europäische Vielfalt der Geschäftsmodelle mit Genossenschaftsbanken und Sparkassen gilt es abzusichern und zu bewahren. Die Parallelverhandlungen von Europäischem Parlament und Basel haben sich schon bei der Capital Requirement Directive (CRD) II als sehr nützlich und produktiv gezeigt. Damals konnte dem europäischen Modell gebührend Rechnung getragen werden. Das Ziel lautet genau aus diesem Grund: Sicherstellung des Kerngeschäfts der Banken – die Finanzierung der Realwirtschaft.



Auswirkungsstudie erforderlich

Das Europäische Parlament konnte bereits sehr früh aktiv den Prozess mit gestalten. Dies ist vor allem auf meinen Initiativbericht zu Basel III und CRD IV zurückzuführen. Der Bericht beinhaltet unter anderem die Forderung nach einer umfangreichen Auswirkungsstudie auf die Realwirtschaft. Europas Wirtschaft ist stark von Banken abhängig. Aus diesem Grund gilt es: Erstellung einer Auswirkungsstudie auf die Realwirtschaft, die insbesondere die Konsequenzen für Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit festmacht. Denn nur so vermeiden wir eine mögliche Kreditklemme. Der Gesamteffekt von Basel III, eines europäischen Einlagensicherungssystems, einer Bankensteuer und einer Finanztransaktionssteuer bei gleichzeitigen Rückzahlungsverpflichtungen der Banken an den Staat muss unbedingt gemessen werden.

Vorschlag ist pro-amerikanisch

Der zurzeit vorliegende Vorschlag bevorzugt klar typische US-amerikanische Investmentbanken. Der mit CRD IV umgesetzte europäische Legislativvorschlag soll jedoch schlussendlich dafür sorgen, dass alle Banken gleich behandelt werden und die Besonderheiten der klassischen europäischen Retailbank berücksichtigt werden. Die vorgeschlagene Eigenkapitaldefinition würde eine klare Wettbewerbschieflage verursachen. Momentan erkennt diese einzig die klassische Stammaktie und einbehaltene Gewinne als hartes, hoch qualitatives Kernkapital (Core Tier 1) an. Sämtliche andere Kapitalarten müssen einen Katalog von 14 Kriterien erfüllen. Dauerhaftigkeit, Verlustabsorbierbarkeit und Zahlungsfähigkeit sollten das Fundament bilden und nicht die pure Rechtsform. Lösungen müssen insbesondere bei den Themen Anrechenbarkeit von Minderheit-

enanteilen und der Kapitaldefinition gefunden werden.

Besondere Berücksichtigung verdienen dabei Kapitalformen wie Minderheitsanteile und Genossenschaftsanteile. Sollten diese ausgegrenzt werden, hätte dies schwere Folgen für den europäischen und österreichischen Bankensektor.

Implementierung in den USA als großes Fragezeichen

Ein großes Fragezeichen bleibt bis dato aber die Implementierung in den USA. Basel II wurde bislang von den USA nicht vollständig implementiert. Gegenwärtig kämpft die USA mit allen Mitteln um eine pro-amerikanische Regelung. Gleichzeitig legte die USA aber im Sommer 2010 mit dem Dodd-Frank Bill einen Gesetzesrahmen fest, der externe Ratings als Informationsgrundlage, und somit das gesamte Baselgrundgestell in Frage stellt. Das Problem ist, dass der Basel III Rahmen auf externen Ratings basiert und daher diese von grundlegender Bedeutung für die neu beschlossenen Liquiditätsstandards sind. Sollte es nicht möglich sein, externe Ratings als Basis weltweit gelten zu lassen, muss es global gültige und

vergleichbare Alternativen dazu geben. Daher sollten umgehend die Auswirkungen auf Basel II und III geprüft werden. Das Ziel muss lauten: gleiche Wettbewerbsbedingungen auf beiden Seiten des Atlantiks.

Gesetzgebungsprozess noch nicht am Ende

Mit einer breiten Mehrheit wurde der Bericht zu Basel III im Europäischen Parlament angenommen. Der Gesetzgebungsprozess ist jedoch noch nicht am Ende ist. Die gestärkte Verhandlungsposition des Europäischen Parlaments wird Wegweiser für einen Richtlinienvorschlag der Kommission sein. Geplant ist der Legislativvorschlag für Juni 2011. Basel III stellt einen wichtigen Schritt für Europa aus der Krise dar. Fakt ist: Es gibt noch eine Reihe von offenen Fragen, die noch geklärt werden müssen. Wie wird das Eigenkapital unter Berücksichtigung des europäischen Bankensektors definiert? Zu welchem Ausmass werden Minderheitenanteile angerechnet? Fallen Versicherungsbeteiligungen hinein? Oder was passiert mit Hybridkapital und Ergänzungskapital?

Als Berichterstatter im Europäischen Parlament und beobachtendes Mitglied in der GEBI Gruppe

- eine Expertengruppe, die die Kommission bei Vorhaben im Bereich der Bankenregulierung beratend zur Seite steht - sehe ich mich als wichtigen Mitgestalter in diesem Prozess. Dafür werde ich mich weiter in Brüssel einsetzen und bleibe für sie am Ball!

Für weitere Informationen oder Anfragen zu wirtschaftspolitischen Themen wenden Sie sich bitte an:

Othmar Karas

**othmar.karas@europarl.europa.eu
oder <http://www.othmar-karas.at>,
bzw. unter
+43 (1) 533 84 48 in Österreich
und +32 (2) 28 – 47627 in Brüssel.**



Review der VIENNA ART WEEK 2010

Bereits zum sechsten Mal in Folge fand auch dieses Jahr wieder die VIENNA ART WEEK statt. In der Woche vom 15. bis zum 21. November organisierten alle namhaften Kunstinstitutionen in Wien die verschiedensten Events für interessierte Besucher. **Text** Nicole Kanne

Den **Mittelpunkt** bildete das sogenannte „Art Cluster Vienna“, ein Zusammenschluss der 22 größten Kunstinstitutionen Wiens. Im „Art Cluster“ finden sich beispielsweise das Dorotheum, die Albertina oder das Kunsthistorische Museum (um nur einige zu nennen). Angefangen von Podiumsdiskussionen zum Thema Kunstsammeln im DOROTHEUM, über öffentliche Führungen durch die aktuellen Ausstellungen verschiedener Wiener Museen bis hin zu Performances und Studio-Visits bot die diesjährige VIENNA ART WEEK ihren Besuchern ein reiches Programm.

Einen (von vielen) Höhepunkten bildete sicherlich das Symposium mit dem Thema „Michelangelo als Zeichner“, das im Rahmen der aktuellen Michelangelo-Ausstellung in der Albertina stattfand. Zwei Tage lang diskutierten renommierte Kunsthistoriker aus verschiedenen Ländern über Michelangelos figurliche Zeichnungen. Im Zentrum des Interesses standen dabei unter anderem Fragen der Zuschreibung und der Sammlungsgeschichte.

Ein anderes interessantes Event war der sogenannte „ARTmART“. Dieser verband die Idee einer Kunstausstellung mit der des Kunstmark-



Photo: Vienna Art Week 2010

Eröffnung der Ausstellung "ARTmART", Künstlerhaus

tes. Im Rahmen dieses Projekts stellten etwa 250 Künstler einige ihrer Werke im ersten Stock des Künstlerhauses am Karlsplatz aus. Während dieser Woche konnte jedes der ausgestellten Kunstwerke von den Besuchern der Ausstellung für den Einheitspreis von 80 € erworben werden. Teilweise waren die Künstler sogar selbst anwesend und konnten so dem interessierten Besucher einen ganz persönlichen Einblick in die Konzeption der eigenen Arbeit geben.

Wien als Kunststandort

Wien gilt schon seit Jahrhunderten als wichtige Kunstmetropole, in der viel Wert auf die künstlerische Tradition gelegt wird. Diese lässt sich auch heute noch in ihren prachtvollen Schlössern und Museen wiederfinden. Doch spätestens seit sich die Künstler der Secession dazu entschlossen den akademischen Konservatismus hinter sich zu lassen und damit eine neue Kunstepoche einzuleiten, hielt die Moderne Einzug in Wien. Diese Kombination aus Tradition und Moderne macht Wien zu einem ganz besonderen Kunststandort und verleiht der VIENNA ART WEEK einen besonders geeigneten Rahmen.

Crossing Limits

Das Thema der diesjährigen VIENNA ART WEEK war „Crossing Limits“. So wie es die künstlerische Avantgarde selbst oft als ihre Aufgabe sah (und noch immer sieht) Tabus zu

brechen und die Grenze zur nichtkünstlerischen Realität zu überschreiten, bot auch die VIENNA ART WEEK dieses Jahr Möglichkeiten der Grenzüberschreitung.

Eine davon war der persönliche Kontakt mit dem Künstler. Während die Kunstwerke in Museen, Galerien oder Auktionshäusern oft große Aufmerksamkeit genießen, tritt der Künstler selbst nur in den wenigsten Fällen öffentlich in Erscheinung. Durch Künstlergespräche und Studio-Visits hatten die Besucher bei einigen Veranstaltungen die Möglichkeit, die Künstler persönlich kennenzulernen. Damit konnten sie die Grenze zwischen Künstler und Betrachter die oft von Museen oder Auktionshäusern auferlegt wird überschreiten und neue interessante Einblicke in die Kunstwelt gewinnen.

Eine ganz andere Form von Grenzüberschreitung stellte das internationale Publikum der VIENNA ART WEEK dar. Künstler, Kunsthistoriker und interessierte Besucher aus den verschiedensten Ländern genossen das breite Programm und trugen so zu einem interkulturellen Austausch über Kunst bei.

Letztendlich ist es genau dieser Faktor, der Kunst für die Gesellschaft so bedeutsam macht. Um Kunst zu verstehen ist nämlich immer auch ein Verständnis der Kultur nötig, in der sie entstanden ist. So kann Kunst zu einem kulturellen Austausch und damit zu einem besseren Verständnis einer anderen Kultur beitragen.

meet art



Photo: Vienna Art Week 2010

„Savoir vivre“ an der Sciences Po Paris

Ein Augenzeugenbericht über das Studium an der Sciences Po in Paris.

Text Lena Wanner

Die Eingangshalle zur „27“ („vingt-sept“), wie das Hauptgebäude der Sciences Po von den Studenten genannt wird, ist voll von Menschen. Es hat sich eine Schlange gebildet, die in den größten Saal, das Amphithéâtre Emile Boutmy - ein Mitbegründer der Uni - führt. Nicht nur Studenten warten. Schick sind sie gekleidet. Les Garçons im Anzug, les Filles im Zweiteiler. Auch das lernt man an der Sciences Po: die Bedeutung von Kleidungsstil. Sie warten auf Bernard Kouchner, Französischer Außenminister, Carl Bildt, Schwedischer Außenminister und zudem Präsident des Europäischen Rates und David Miliband, Außenminister von Großbritannien. Ein hochrangiges Trio, das Anfang September 2009 im Vorfeld an den Klimagipfel in Kopenhagen in den Räumlichkeiten der Uni gemeinsam darüber nachdenkt, wie die Chancen für ein internationales Klimaabkommen stehen. Die Aufregung der Studierenden über diesen Event hält sich in Grenzen, man hat des Öfteren hohen Besuch hier. Nicht nur, weil es für einige dieser Besucher ein Heimspiel ist und sie gerne hin und wieder an ihre Uni zurückkehren.

Momentan sind 9600 Studenten aus rund 50 Ländern am Institut d'Etudes Politiques de Paris eingeschrieben. Sie lernen nicht nur die Institution Sciences Po und die Inhalte, die sie vermittelt, kennen, sondern auch das System der französischen Elitebildung und des geschützten und geschätzten „savoir vivre“.

Von der Universität Wien kommend, einer der architektonisch und geschichtlich reichhaltigsten akademischen Ausbildungsstätten Europas, ist der rühmliche Ruf, der der Sciences Po vorausgeht, nicht im ersten Moment ersichtlich. Die Uni ist im altehrwürdigen 7. Pariser Arrondissement gelegen und erstreckt sich über mehrere Gebäude, die sich zwischen Wohnhäusern, Geschäfts- und Büroräumen und Restaurants verstecken. Im Gegensatz zur Uni Wien könnte man sie fast übersehen diese Institution, die einen Großteil der französischen politischen Führungsriege geprägt hat. Auch Präsident Sarkozy hat die Sciences Po besucht. Grund für sein frühzeitiges Ausscheiden sollen seine unzureichenden Englischkenntnisse gewesen sein.

Sciences Po – breit gefächerte Allgemeinbildung statt akademischem Tiefgang

Das System an der Universität Wien ist, mehr als das der Sciences Po, auf Tiefenanalyse ausgelegt. Das liegt hauptsächlich daran, dass bereits die Einschreibung in die Studiengänge ein Richtungs-votum ist. Interdisziplinarität innerhalb eines Studiengangs wird an den beiden Instituten in anderen Dimensionen gedacht.

Das liegt in erster Linie daran, dass das Lernziel auf der Sciences Po ein anderes ist. Es geht darum den Bachelor Studierenden ein möglichst breit gefächertes Spektrum an Wissen im Bereich Geschichte, Wirtschaft, Politik, Sozialwissenschaften und Internationale Beziehungen zu vermitteln, aber auch Philosophie, Recht, Finanzen und Management finden ihren Platz. Die Sciences Po sieht sich als Mittelweg zwischen der in Frankreich historisch gewachsenen Form der Eliteuni der „Grand Ecole“ und einer breit angelegten Uni, wie sie in Österreich die Hochschullandschaft prägt. Sie bezeichnet sich als selektive Uni, basierend auf 3 Pfeilern: „Exzellenz in Ausbildung und Forschung, Chancengleichheit bei der Auswahl der Studierenden, die Verpflichtung exzellente Studienbedingungen für Studenten zu bieten, herausragende Forschungsbedingungen für Lehrende und besonders vorbildliche Arbeitsbedingungen für Angestellte.“ So die Selbstdefinition.

Die Studienbedingungen an der Sciences Po spiegeln diesen Grundsatz durchaus in vielen Aspekten wider. Doch wenn man die Aufnahmebedingungen für die Sciences Po betrachtet drängt sich eine Relativierung dieser Chancengleichheit auf. Die Zahl der Studierenden, deren Studium über ein Stipendium

finanziert wird beträgt aktuell 26% und soll bis 2012 auf 30% erhöht werden. Sciences Po hat diesen Prozentsatz in den letzten 5 Jahren stark steigern können. Ein Erfolg, der auf das Konto Richard Descoings, seit 1996 Rektor der Sciences Po, zu verbuchen ist.

Neben den Zugangsbestimmungen hat er auch das „dritte Auslandsjahr“ eingeführt. So ist es nun Pflicht für Bachelorstudierende ihr letztes Jahr an einer der 300 Austauschuniversitäten zu absolvieren oder ein Praktikum zu machen, das einem stattdessen die Arbeitsrealität näher bringt. Auch wenn die Studierenden dadurch nur zwei Jahre zusammen studieren, besteht unter den Sciences Po Alumni eine enge Bindung, die durch die verschiedenen Studentenorganisationen, in denen sich beinahe jeder Studierende während des Studiums auf die ein oder andere Weise engagiert, gefestigt wird. Auch in Österreich gibt es einen Sciences Po Alumni Verein. Es ist ein weitweit aktives Instrumentarium um das Netzwerk und die geschaffene Identität aufrecht zu erhalten.

Children of War: Broken Childhood



a photo exhibition on:
child soldiers

24. Jänner - 27. März 2011

Heeresgeschichtliches Museum · 1030 Wien
Arsenal · Täglich 9 - 17 Uhr · www.hgm.or.at

PROOF: Media for Social Justice; Kurator: Leora Kahn
Office of the Special Representative
CHILDREN AND ARMED CONFLICT
HGM
HEERESGESCHICHTLICHES MUSEUM

Menschliche Sicherheit: Erfolgsrezept für Friedensoperationen von UNO und EU

Ein Friedenssicherungsansatz, der auf dem Konzept der Menschlichen Sicherheit beruht, ist viel eher geeignet, nachhaltig Frieden zu schaffen als traditionelle Ansätze. Doch wie kann der Mehrwert realisiert werden? Grazer Forscher haben dazu eine Roadmap entwickelt. Ihr Erfolgsrezept lautet: Mainstreaming menschlicher Sicherheit.

Text Matthias C. Kettemann

2010 ist das Jahr der Menschlichen Sicherheit. Nachdem schon der Weltgipfel der Vereinten Nationen 2005 dazu aufgerufen hatte, sich mit dem neuen Sicherheitsansatz auseinanderzusetzen, der das Spektrum sicherheitsrelevanter Akteure auf den Menschen ausdehnt und ihn in den Mittelpunkt rückt, widmete VN-Generalsekretär Ban Ki-moon dem Konzept im März 2010 einen eigenen Bericht. Vom Mehrwert des Konzeptes Menschlicher Sicherheit ist dort die Rede, von seinem menschenzentrierten, ganzheitlichen, kontextspezifischen Ansatz. Ban Ki-moon hebt hervor, dass Menschliche Sicherheit präventiven Konfliktbewältigungsstrategien das Wort redet und den Ursachen von Konflikten auf den Grund geht, anstatt sich – wie viele klassische Operationen – nur mit deren Auswirkungen zu beschäftigen.

2010: Das Jahr der Menschlichen Sicherheit

Als zentrales Element des Ansatzes hebt der Bericht auch den Multi-Stakeholdercharakter von sicherheitsfördernden Maßnahmen hervor, die auf dem Konzept beruhen. Diese lobenden Worte bestärken die Verfechter menschlicher Sicherheit, zumal ihr auch mehr als 17 Jahren nach Einführung in den internationalen Sicherheitsdiskurs durch den Bericht über menschliche Entwicklung des Entwicklungsprogrammes der Vereinten Nationen mancherorts fundamentale Kritik entgegenschallt.

Eine besondere Bedeutung hat das Konzept bei der Optimierung von Friedensoperationen. Zur Zeit bestehen nämlich noch ernsthafte Defizite: So werden trotz Ende der Anwendbarkeit des humanitären Völkerrechts Menschenrechte in postkonfliktuellen Szenarien oftmals vernachlässigt. Die staatliche Sicherheit (verstanden als Sicherheit des Staates) wird zu Ungunsten der menschlichen Sicherheit seiner Bürger betont. Wiederaufbau wird als erneutes Erstarkenlassen oftmals repressiver Strukturen missgedeutet. Insofern Menschenrechte überhaupt thematisiert werden,

geschieht dies selektiv und unstrukturiert statt holistisch und auf Basis eines menschenrechtlich informierten Gesamtkonzeptes. Schließlich funktioniert die zivil-militärische Zusammenarbeit nur bruchstückhaft und Reformen der Sicherheitssektoren in postkonfliktuellen Gesellschaften werden oftmals nicht mit einem ausreichend intensiven Blick auf die Bedürfnisse der Bevölkerung durchgeführt.

Die Grazer Roadmap

Ein Forschungsteam rund um den Grazer Völkerrechtler und Menschenrechtsexperten Wolfgang Benedek hat während mehreren Jahren Perspektiven zur Implementierung des Ansatzes Menschlicher Sicherheit untersucht und eine Roadmap entwickelt. Ihre Kernaussage: Menschliche Sicherheit ist in allen Phasen der Planung und Durchführung von Friedensmissionen von EU und VN miteinzuplanen – ein Mainstreaming des Ansatzes ist nötig.

Weiters fordern die Grazer Forscher, dass neben "human rights assessments" auch "human security assessments" vor Interventionen zur Praxis werden. Die Kriterien und Benchmarks für diese Assessments sollten international diskutiert und festgelegt werden. Da die Mehrzahl der Friedens- und Krisenmanagementoperationen auf Einladungen beruhen, müssen potenziellen Gaststaaten die Vorzüge des Konzeptes menschlicher Sicherheit deutlicher als bisher nähergebracht werden. In der Roadmap findet sich auch die Empfehlung, menschliche Sicherheit als Leitkonzept für Friedens- und Krisenmanagementoperationen beim Namen zu nennen. In Abwandlung eines bekannten Satzes: „human security must not only be done, it must be seen to be done.“

Bestätigt wird die Tragfähigkeit des Mainstreaming-Ansatzes durch niemand geringeren als den Generalsekretär der Vereinten Nationen. So legte Ban Ki-moon der Generalversammlung in seinem

eingangs zitierten Bericht ans Herzen zu diskutieren, wie Menschliche Sicherheit am besten in die Aktivitäten der Vereinten Nationen mainstreamt werden kann. Hier bietet sich der direkte Zugriff auf die Grazer Roadmap an.

Ein Sicherheitskonzept, das ausschließlich oder primär auf die Sicherheit von Staaten als Selbstzweck abzielt, greift zu kurz in unserer Welt sich ändernder Machtgeometrien, eines fundamentalen Wertewandel im Licht einer zunehmenden Humanisierung des Völkerrechtes und dem Wachstum einer zivilgesellschaftlichen Akteursvielfalt.

2010 war das Jahr, in dem menschliche Sicherheit auf Ebene der Vereinten Nationen den Durchbruch geschafft hat. 2011 sollte das Jahr werden, in der das Mainstreaming des Konzeptes in Friedensmissionen dazu führt, Konflikte nachhaltig zu lösen und menschliche Sicherheit für alle zu garantieren.

Buch-Tipp:

Wolfgang Benedek/Matthias C. Kettemann/Markus Möstl, *Mainstreaming Human Security in Peace Operations and Crisis Management. Policies, Problems, Potential.* London/New York (Routledge) 2010.

Mainstreaming Human Security in Peace Operations and Crisis Management

Policies, Problems, Potential

Edited by
Wolfgang Benedek,
Matthias C. Kettemann and
Markus Möstl





GEGEN
DEMOS!

Demonstrieren eine studentische Profession?

Kolumne Anja Schirmer

Am Dienstag den 30.11.2010 gehe ich zu meiner Vorlesung und finde mich ganz plötzlich in einem Meer von mit Helium gefüllten Luftballons wieder. Das politikwissenschaftliche Institut der Universität Wien ist komplett mit Ballons geschmückt. An ihnen Flyer für die nächste Aktion gegen die Budgetkürzungen: ein eintägiger Hungerstreik am Tage der Budgetrede vor der Universität. Hungerstreik? Vor der Uni? Im Winter? Ist das eurer Ernst frag ich mich. Ich bin ja echt dafür, dass sich die Studenten gegen die Budgetkürzungen einsetzen, vielleicht sogar demonstrieren. Aber mit solchen Aktionen ist niemanden geholfen. Naja, wenigstens haben die Veranstalter selbst schnell eingesehen was für ein Schwachsinn das ist und ihren Streik in die von allen Demonstranten so heiß geliebte Aula verlegt.

Wie viele dort zugegen waren? Keine Ahnung. Ich halte mich da doch lieber prinzipiell fern. Nicht weil ich unpolitisch oder desinteressiert an Bildungspolitik bin, sondern da ich andere Wege und Mittel für sinnvoller erachte.

Bestes Beispiel für falsche Umsetzungen: die Studentenproteste des letzten Jahres. Nach einer Kundgebung vor der Votivkirche entscheiden sich die Studenten spontan den Audimax der Universität Wien zu besetzen. Ich denke mir, hach das schaust du dir mal an. Zwei Dinge sind mir im Gedächtnis geblieben: Das eine, jeder zweite Student, den ich frage, was er hier macht, antwortet mit: „Feiern“ oder „Freunde haben gesagt hier geht die Party“. Zweitens überall wo man hinschaut sind Plakate und Schilder von absolut unfremden Organisationen zu sehen. Immer noch in meinem Gedächtnis verankert ist das Banner der Kommunistischen Partei Türkei, von der ich bis dato noch nicht einmal wusste, dass es diese hier

gibt. Dass ab Mitte der Proteste der Audimax eigentlich vorwiegend nur noch als Schlafplatz von Sandlern genutzt wurde lassen wir jetzt mal außen vor.

Wie gesagt demonstrieren ist nicht so meins. Nur jetzt im November, zum großen Protestmarsch gegen die Kürzung der Familienbeihilfe hätte ich mich fast bewegen lassen. Denn wenn selbst die Mitglieder der Studentenfraktion die sonst generell demonstrieren ablehnt, monströse Plakate bemalen und sich zwischen die „professionellen“ Demonstranten mischen, ja dann muss das schon was heißen. Außerdem waren alle meine Freunde dabei. Da kann ich ja eigentlich selbst schlecht fehlen. Gruppenzwang und so. Aber als ich dann in die absolut motivationslosen Gesichter der Studenten blicke ist meine Motivation auch schon wieder ganz schnell verschwunden.

Also liebe Leute ganz ehrlich, wenn schon, dann richtig. Unmotivierte Proteste will keiner sehen. Nicht nur dahin schlendern, sondern aufrecht gehen, schreien und vor allem Emotionen zeigen. Und ach ja, vor allem die Plakate so halten damit man etwas darauf erkennen kann. Wenn ich so überlege, ich denke ich wäre ein guter Demonstrant. Da hab ich wohl meine Profession verfehlt. Naja, vielleicht im nächsten Leben.

Jetzt kommt sogar ein Film über die Studentenproteste des letzten Jahres in die Kinos. Prägnanter Titel: Unibrennt - der Film. Werde ich ihn mir ansehen? Wohl eher nicht.



20 Jahre AFA - Meilensteine in der Jugendarbeit

Wir schreiben den 22. Jänner 1991. Eine kleine Gruppe von Studierenden, die sich für internationale Themen interessieren, trifft sich in den damaligen Räumlichkeiten der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik im Schweizerhof der Wiener Hofburg und hält die Konstituierende Sitzung des Akademischen Forums für Außenpolitik ab.

Text Michael F. Pfeifer

Ein neuer Verein wird also gegründet. Wieder einmal eine Jugendinitiative, die als Eintagsfliege nach ein bis zwei Jahren wieder einschläft? Eben nicht. An diesem Tag entsteht die überparteiliche Organisation in Österreich für alle an internationalen Fragen interessierten Jugendlichen, Studierenden und Jungakademikern, die 20 Jahre später eine beachtliche Größe erreicht hat.

Die ersten Jahre.

Vorbild des neuen AFA ist die „Akademische Vereinigung für Völkerbundarbeit (AVVA)“ in der 1920er-Jahren sowie die „Akademische Vereinigung für Außenpolitik (AVA)“ nach dem 2. Weltkrieg. Konstituiert wird das AFA als eigenständige und unabhängige Organisation, die gleichzeitig als Jugendorganisation der „Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen (LIGA)“ anerkannt ist und die die künftige Schnittstelle zwischen der UNO und der Jugend in Österreich wird. Eine Konstruktion, die sich bis heute bewährt und die für einen Teil der Erfolgsgeschichte verantwortlich ist. Anfangs noch gemeinsam mit der Österreichischen Hochschülerschaft organisiert das junge AFA die ersten Veranstaltungen in Wien.

1995.

Erster großer Meilenstein. Anlässlich des 50-Jahr-Jubiläums der Vereinten Nationen veranstaltet das AFA erstmals in Österreich die „Vienna International Model United Nations (VIMUN)“ als Teil des offiziellen Programms der Österreichischen Bundesregierung zum Jubiläumsjahr. Seither haben die Teilnehmer der VIMUN aus aller Welt jedes Jahr die Gelegenheit, sich in die Rolle eines Staatenvertreters zu versetzen und in Form einer Simulation realer UNO-Konferenzen an gemeinsamen Resolutionen zu vorher gestellten Themen zu arbeiten.

Aufgrund des großen Anklangs und des Niveaus der Konferenz kann die VIMUN seit mehreren Jahren direkt im Gebäude der Vereinten Nationen, also gewissermaßen am „Originalschauplatz“ stattfinden. Ebenfalls 1995: Die ersten

AFA-Lokalkomitees werden gegründet. Ab nun haben Studierende auch in den anderen österreichischen Städten, die Gelegenheit, die vom AFA vor Ort organisierten Vorträge und Diskussionen zu besuchen. Heute ist das AFA in Eisenstadt, Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz, Salzburg und Wien vertreten.

1997.

Die erste Ausgabe des Magazins GLOBAL VIEW erscheint und wird im Laufe der Jahre zur Plattform für die Publikation außenpolitischer und UNO-bezogener Themen. Es gibt unter anderem jungen Autoren die Gelegenheit, erste journalistische Erfahrungen zu machen.

Februar 2001.

Auf Initiative des damaligen Präsidenten der LIGA, dem früheren UNO-Generalsekretär Dr. Kurt Waldheim, werden die Büroräumlichkeiten für die Mitarbeiter des AFA vergrößert. Weit mehr aktive Mitglieder haben die Gelegenheit, sich ehrenamtlich zu engagieren. Die Zahl der jährlichen Veranstaltungen kann verdoppelt werden.

Oktober 2004.

Nach Vorbild englischer und deutscher Institutionen wird der erste Debattierclub in Wien gegründet, in dem Rhetorik und Argumentationstechnik trainiert werden kann. Ein Projekt, das sich ebenfalls bewährt und seither zum fixen Bestandteil des AFA-Programms in ganz Österreich gehört.

Dezember 2008.

Die frühere ÖGA und die LIGA verschmelzen unter der Führung von Altbundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel zur nunmehrigen Österreichischen



Jänner 1994: Der AFA-Vorstand beschließt, die erste internationale Model UN in Österreich zu organisieren

Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN). Als anerkannte Jugendorganisation der nun starken neuen Gesellschaft profitieren die Mitglieder des AFA durch die Teilnahme an den zahlreichen Spitzenveranstaltungen der ÖGAVN.

Jänner 2010.

Das AFA-WIEN bekommt neben entsprechenden Arbeitsplätzen im neuen Büro der ÖGAVN die Möglichkeit, den Clubraum in der Wiener Stallburg für seine Veranstaltungen zu nützen. Die Anzahl der Veranstaltungen in Wien steigt beträchtlich. Neue Projekte wie das „Global Advancement Programme (GAP)“, ein außeruniversitärer Praxislehrgang für 25 ausgewählte engagierte Studierende mit wöchentlichen Lehrgangseinheiten wird realisierbar. Wöchentliche Clubabende werden möglich. Der Debattierclub in Wien findet, nach mehreren Wechsels der Veranstaltungsorte, ein neues zu Hause.

22. Jänner 2011.

Das AFA wird seinen 20. Geburtstag feiern und daher mit Stolz auf das in den letzten Jahren erreichte in eine vielleicht noch aktivere Zukunft blicken!

AFA-Eisenstadt: Wie Alles begann

Alpbach - das Dorf der Denker: Als ich am diesjährigen Forum Alpbach als Stipendiat über den Club Alpbach Burgenland teilnahm, wusste ich nicht, dass dies so weitreichende „Folgen“ haben würde.

Text Volker Hochstätter

Unter anderem besuchte ich in Alpbach das Seminar „Menschenrechte und Menschenpflichten? Rechtliche und moralische Aspekte?“, worauf die Kollegen des Club Alpbach Burgenland, Hannes Millendorfer, Michael Ibesich und ich bei einem der zahlreichen Empfänge zu sprechen kamen. Die Diskussion führte uns von der UNO, bis hin zum Akademischen Forum für Außenpolitik (AFA), welches ich schon aus Erzählungen kannte und wusste, dass die Organisation der interkulturellen Kommunikation einen hohen Stellenwert beimessen. Am selben Abend recherchierten wir noch im Internet, ob es denn auch eine AFA-Organisation im Burgenland gäbe, um sich einmal eine Veranstaltung anschauen zu können. Doch nach kurzer Zeit stand fest, dass das AFA im Burgenland noch nicht bestand.

Spontan kam uns die Idee dieses im Burgenland zu gründen. Kurze Zeit später setzten wir uns auch schon mit AFA-Präsident Michael F. Pfeifer in Verbindung, welcher von unserem Tatendrang von vornherein sehr angetan war und ihn unterstützte. Wir verfassten ein Konzept und durften dies in einem kleinen Rahmen am 09. Oktober 2010 vorstellen.

Bald darauf fanden auch schon die ersten Clubabende statt, in denen es anfänglich galt Strukturen und Abläufe zu schaffen und einen soliden Vorstand aufzubauen. Dank des Engagement des gesamten Teams fanden schon nach kurzer Zeit die ersten inhaltlichen Treffen statt. So wurde z.B. ein Clubabend unter den Titel „Die EU in Angst und Schrecken - Gewinnt der Terror die Oberhand?“ gestellt, ein anderer befasste sich mit dem Thema „Diplomatie und Spionage - Wo ist der Trennstrich?“.

Auftakt im Schloss Esterhazy

Am 16. Dezember 2010 war es dann endlich so weit: wir veranstalteten unsere Auftaktveranstaltung „Europamonolog oder -dialog? EU-Bürger: Mitspieler oder Zuschauer?“ im Schloss Esterhazy, dem wahrscheinlich prunkvollsten Ambiente in ganz Burgenland. Wir der Titel schon

verrät, sollte die Veranstaltung ganz im Zeichen der Information -und Kommunikationspolitik der Europäischen Union stehen. Wie wir alle wissen stellt diese ja immer ein „heißes Eisen“, aber vor allem auch ein brandaktuelles Thema dar.

Besonders freute es uns, dass wir für diese Veranstaltung gleich zwei so hochkarätige Vortragende gewinnen konnten. Das Impulsreferat wurde von Peter Vargyas, EU-Bürgermeister aus Mörbisch gehalten, der uns einen tiefen Einblick in seine Arbeit gab und kritisch beleuchtete inwiefern Kommunalpolitik und EU zusammen arbeiten (oder auch nicht). Dabei konnte er sich die eine oder andere amüsante Anekdote aus seinem Arbeitsalltag nicht verkneifen, was beim Publikum durchaus mit einem Lachen honoriert wurde.

Verbesserung der Kommunikation

Das anschließende Hauptreferat wurde von Dirk Fassbender, Stellvertretender Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Leiter der Öffentlichkeitsarbeit und zuständig für

die Europapartnerschaft mit der Bundesregierung gehalten. Dirk Fassbender gab dabei einen umfassenden, abgerundeten Einblick in die Arbeit der Europäischen Kommission und verblüffte mit zahlreichen Maßnahmen der Europäischen Kommission um die Kommunikation zwischen Institutionen und EU-Bürgern zu verbessern. Unter anderem erzählte er von einem Projekt zwischen Europäischer Kommission und regionalen Radiosendern der verschiedenen Mitgliedstaaten, bei dem EU-Bürger vermehrt und näher über die EU informiert werden sollen.

Beim anschließenden Gedankenaustausch konnten die Gespräche in gemütlicher Atmosphäre bei einem Gläschen Sekt vertieft werden.

Selbstverständlich ruht sich das AFA-Eisenstadt nicht auf diesem Erfolg aus - im Jänner steht die nächste Veranstaltung unter dem Motto „Green Jobs: Nachhaltig oder nur ein guter Aufhänger?“ an.



Auftaktveranstaltung des AFA-Eisenstadt im Schloss Esterhazy im Dezember 2010



YOUTH PROJECTS AND COOPERATION SEMINAR

26 - 28 November
OSLO, NORWAY

INTERNATIONAL YOUTH COOPERATION
FOR THE UNITED NATIONS

On a weekend in November, a group of young, highly motivated people met in Oslo to participate at the first Youth Projects and Cooperation Seminar. UNYSA-Austria was represented by Michael Klampfl.

Text AFA

The participants to this seminar came from all around the world, from Finland to Uganda, and they all had one thing in common: to set up new international projects and by doing so, strengthening the United Nations for the main goal: a better world!

The aim of the seminar was to start an exchange about the possibilities of international co-operation in youth projects and to develop new projects which can be carried out by the participating UNAs/UNYAs after the seminar by themselves or in co-operation with other partner associations.

To do so, the seminar was divided in two parts: In the first part, the participants presented the projects of their association and held presentations to related topics. In the following discussion, they shared their opinion about the topic. In the second part, the participants worked in small groups to develop new projects.

Norway: cold weather – plenty of fun

The host of the seminar weekend was the United Nations Student Association of Norway (UNSA-Norway) and their Chairman Halstein Bagøien Moe. They provided accommodations for everyone and organized great social get-togethers like the 'World Café' on the first evening or several dinners which gave all participants a great and unique opportunity to get to know each other.

Outcome

The outcome of the seminar was better than expected. At least four projects were presented which may be set up in an international context.

To give an example, some participants came up with the idea for a project called: Daddy, why do we have war? Military and political leaders should be confronted by children, asking them questions

about war, to make them think about that topic from a perspective, they are not able to see yet and maybe will change their minds.

Follow-up

Nine countries were represented at the seminar weekend. The goal is now, to set up the projects that were developed during the seminar, to organize more events like this to strengthen the international youth community for the United Nations and by doing so, involve more UN-Youth-Associations and Youth Sections of different countries in that process.

UNYSA-Austria suggested to host an international meeting in Vienna in August right after VIMUN, which all the participants agreed on. A great opportunity for others to join a group of interesting people to set up international projects which may help to make this world a better place to live in!



The participants of the Youth Projects and Cooperation Seminar in Oslo, Norway. And yes, it was cold!

ÖGAVN Jahresrückblick 2010

Nach dem Einzug der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) in die neuen Räumlichkeiten in der Wiener Stallburg im Jänner 2010 kann die ÖGAVN auf das aktivste Jahr seit 1945 zurückblicken. **Text** ÖGAVN

Was mit der Zusammenlegung der beiden ältesten Organisationen in Österreich, der ehem. „Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und Internationale Beziehungen (ÖGA)“ und der „Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen (LIGA)“, im Dezember 2008 begann, konnte im Jänner 2010 vollendet werden, als Außenminister Dr. Michael Spindelegger gemeinsam mit ÖGAVN-Präsident Altbundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel die fertiggestellten neuen Clubräume der ÖGAVN in der Wiener Stallburg eröffneten.

Meeting Point Stallburg

Die neue Bleibe der ÖGAVN wurde nicht nur zu einem Meeting Point für einen offenen außenpolitischen Dialog, sondern zur Austragungstätte von fast 100 Veranstaltungen im heurigen Jahr. Ein besonderes Highlight hierbei: der „Internationale Club“ der ÖGAVN, immer Mittwoch um 12:00 Uhr mit Gästen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Neben zahlreichen erstklassigen Referenten aus Österreich und aller Welt konnten die Mitglieder der ÖGAVN am 6. Oktober 2010 einen besonderen Gast begrüßen. Dr. Igor Yurgens, Direktor des Institute for Contemporary Development in Moskau und einer der engsten Berater des Präsidenten der Russischen Föderation, Dmitry Medvedev, sprach zum Thema „Russia-Nato Relations: Problems and Perspectives“.

Seitens des Akademischen Forum für Außenpolitik (AFA), der unabhängigen Jugend- und Studierendenorganisation der ÖGAVN in Wien, finden jeden Montag Abend für 25 ausgewählte Studierende die Einheiten des außeruniversitären Praxislehrgangs - Global Advancement Programme (GAP) - statt. Jeden Dienstag haben die Mitglieder des AFA die Gelegenheit zur Diskussion politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Themen im Rahmen der „AFA-WIEN-Clubabende“. Mittwochabends ist der Clubraum in der Stallburg für den AFA-Debattierclub reserviert, in dessen Rahmen, Rhetorik und Argumentationstechnik trainiert werden kann. Die Stallburg ist darüber hinaus auch für die Veranstaltungen des



Botschafter Dr. Hans Dietmar Schweisgut (2.v.l.) zu Gast im „Internationalen Club“ der ÖGAVN in der Stallburg

Vereins „Welcome to Austria“ und ausgewählter Partner der ÖGAVN geöffnet.

Großveranstaltungen

Bei den Großveranstaltungen im Parlament, der Hofburg und anderen Räumlichkeiten waren neben dem UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon mit rund 1000 Besuchern die Außenminister der Slowakei, Sloweniens, Brasiliens und Ungarns zu Gast ebenso wie der stv. Premierminister von Serbien, Bozidar Djelic oder Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi.

Traditionelle Highlights

Die 40. Außenpolitische Gespräche auf Schloss Hernstein fanden von 22. bis 23. Oktober 2010 statt. Die „Jubiläumsgespräche“ waren dem Thema „Staat und Souveränität in der heutigen Zeit“ gewidmet. (GLOBAL VIEW berichtete darüber). Spitzenbeamten des Außenministeriums wie der Leiter der politischen Abteilung Bot. Dr. Stefan Lehne sowie der Leiter der Völkerrechtsabteilung Bot. Dr. Helmut Tichy und andere Experten be-

leuchteten insbesondere neue Entwicklungen im Völkerrecht sowie das Verhältnis von staatlicher Souveränität und Europäischer Union. Die Gespräche 2010 wurden von den langjährigen österreichischen Spitzendiplomaten Bot. Dr. Alexander Christiani, Dr. Gregor Woschnagg und Dr. Eva Nowotny inhaltlich betreut.

Auch die schon vor vielen Jahren eingeführten Jour-Fixe-Mittagessen im Hotel de France konnten 2010 erfolgreich weitergeführt werden. Diese bieten insbesondere die Gelegenheit, mit Mitgliedern der Österreichischen Bundesregierung zu diskutieren. Gastredner im heurigen Jahr waren Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Justizministerin Mag. Claudia Bandion-Ortner sowie Wissenschaftsministerin Dr. Beatrix Karl.

ÖGAVN und AFA haben in Summe an die 300 Veranstaltungen im Jahr 2010 organisiert, um, ihrer, in den Statuten festgelegten Leitlinie gerecht zu werden und das Interesse für Außenpolitik und internationale Angelegenheiten zu wecken und zu fördern sowie vor allem einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen!



The Volvo S80. Refined, stylish and a perfect drive.

TWO ADDRESSES EVERY DIPLOMAT SHOULD KNOW: 1600 PENNSYLVANIA AVENUE AND DIPLOMAT.VOLVOCARS.COM

Whether official business or private life, enjoy fantastic savings and convenience with Volvo. It all comes with our unique diplomat programme and the most exciting line-up ever. Before deciding on your new car, find some outstanding rewards online. You wouldn't want to miss out.



Mr. Michael Presser
Diplomat Sales Representative
michael.presser@denzel.at
01/740 20-4212
0664/807 41 4212

VOLVO CARS DIPLOMAT SALES. PRIVILEGED TO SERVE YOU.

Volvo. for life



WIEN 3, Erdbergstraße 189-193

Tel. 01/740 20-4212

www.denzel.at

MEGADENZEL
ERDBERG